

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Postamt 3141, zu beziehen. Preis 2.50, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, incl. des Postumschlages 3.00, incl. des Postumschlages 3.25, incl. des Postumschlages 3.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur: Herr Carl Schlegel, Postamt 3141. Preis 2.50, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, incl. des Postumschlages 3.00, incl. des Postumschlages 3.25, incl. des Postumschlages 3.50.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 128.

Breslau, Freitag, den 5. Juni 1914.

25. Jahrgang.

## Dunkle Schatten des Volkslebens.

Man schreibe uns aus Berlin folgenden beherzigenswerten Brief:

Wenn eine italienische Göttin ihren Diener erschleicht, der ihr Geliebter gewesen ist, wenn eine französische Ministerin einen Redakteur niederknallt, so sind alle Zeitungen der Welt voll von Berichten über das Ereignis und von politischen, kriminologischen, psychologischen Betrachtungen, die an den Fall geknüpft werden. Weniger bemerkt bleiben im allgemeinen die blutigen Tragödien, die sich innerhalb der breiten Volksmassen abspielen; sie werden in den lokalen Teil der Zeitung verbannt und, wenn ihnen nicht etwas ganz „Sensationsvolles“ anhaftet, meist mit wenigen Zeilen abgetan.

Eine solche Tragödie aus dem Volke melden in kurzen Worten die Berliner Morgenblätter vom vergangenen Donnerstag, und ihr Bericht scheint uns um so bemerkenswerter zu sein, als ihm erst vor wenigen Tagen zwei andere Nachrichten gleich traurigen Inhalts vorausgegangen waren. Am vorletzten Sonntag wurde in Berlin, wie wir damals meldeten, ein Bruder vom Bruder im Rausch erschossen, am selben Tage erschoss ein Sohn seinen Vater, um die Mutter vor den Mißhandlungen des in Trunkenheit Rasenden zu schützen. Zum Bruder- und Vatermord hat sich nun auch der Müttermord gesellt, und auch diese Tat ist, wenn auch nicht in unmittelbarer Abfolge, als Vergeltung eines zerketteten Frau für die Ursinne der Qualen, die die Trunksucht ihres Mannes über sie verhängt hatte!

Die Frau des Bahnarbeiters Gustav B. in Chor-Latenburg gab auf ihren Mann zwei Revolverkugeln ab, durch die sie ihn lebensgefährlich verletzte. Seit acht Jahren waren die beiden zusammengewesen, ein sechsähriger Knabe war die Frucht ihrer Ehe. Über selbst jenes bescheidene Maß von Glück, das in der Enge einer Berliner Proletarierwohnung möglich ist, blieb ihnen fern, weil der Alkoholwusel des Gaus zum Hölle vermandelte. Oft kam der Mann sinnlos betrunken nach Hause, und dann mußte die Frau, nun gab es Schläge, sinnlose, brutale Schläge für sie und ihren Kleinen. Am letzten Mittwoch hatte sich — wer weiß, zum wievielten Male — die schreckliche Szene wiederholt. Wütend vom Rausch und der Anstrengung seiner widerlichen Ausschweifungen war der Mann eingeschlafen, die Frau aber stand am Bogen, sah ihren und ihres Kindes Peiniger, starrte hinaus in das unentzückbare, enge, lebenslängliche Glend. Und da bligte in ihrem gequälten Sinn der furchtbare Gedanke auf: sie erinnert sich an den Waffenladen in der Nähe, an dem sie so oft vorübergegangen, läuft dahin, kehrt mit dem geladenen Revolver zurück, lächelt und schießt nochmals. Annull, Aufschrei, Lärm und Auflauf, Arzt, Polizei! Im bedenklichem Zustande wird der Mann ins Krankenhaus gebracht, die Frau läßt sich ruhig verhaften.

Das Typische und das Außerordentliche stoßen in diesem Falle hart zusammen. Groß ist die Zahl der Frauen, die in Frau B. eine Leidensgenossin erblicken dürfen, oder unendlich selten ist der Fall, daß eine mißhandelte Frau zum Revolver greift. Es wäre zu wünschen, daß ihre Schicksale nach mancher Seite hin aufklärend wirkten.

Es ist kennzeichnend für den Geist unserer Gesetzgebung, daß sie zwar die Autokratie vor allen Angriffen aufs nachvollziehbarste schützt, daß sie aber auf der anderen Seite die Schwächsten schützt. Wenn ein Soldat, ein Arbeiter, nach der Kontrollbesprechung in der Trunkenheit die Hand gegen seinen Vorgesetzten erhebt, kann er sich auf jahrelange Haftstrafe oder Gefängnisstrafe gefaßt machen. Der Rausch, der sein Weib, seine hilflosen Kinder mißhandelt, bleibt unbestraft. Und doch ist seine Tat moralisch handeltun bewertbar, als der überausliche Streich, den ein Untergebener, ein Schwacher, gelegentlich einmal gegen einen Vorgesetzten, als viel Stärkeren, sühnt. Selbst das bürgerliche Gesetz, das die Entscheidung von außerordentlichen Umständen abhängig macht, verfügt zum Schutze einer mißhandelten Familie so gut wie vollständig.

Mit diesem Vergleich soll aber um alles in der Welt nicht gesagt sein, daß von einer Änderung des Gesetzes, oder gar von einer verheerenden Anwendung des Strafgesetzes das Volk zu erwarten ist. Was hilft es der Familie, wenn man sie für einige Zeit vor Mißhandlungen bewahrt, indem man ihre Schande öffentlich macht und ihnen — freilich meist nicht allzu sorgsam — Einfluß ins Gefängnis sperrt. Auch die Entscheidung der Entscheidung, so wünschenswert sie an sich ist, wird in solchen Fällen oft ein zweifelhafte Mittel bleiben, da die „Anhänglichkeit“ der Geschiedenen an ihre Familie erfahrungsgemäß groß ist und oft für diese ein ewiges Schwere bleibt. Also weder das Strafgesetz noch das bürgerliche Gesetz kann da viel helfen.

Notwendig ist vielmehr die Bekämpfung des grauenhaften Börsers von Grund auf. Sie kann erfolgen durch öffentliche Einrichtungen, Verbesserungen des Wohnungswesens, der gesamten Lebensverhältnisse, der allgemeinen Volksbildung. Man muß sich immer mehr davon gewöhnen, den zu Ausschweifungen neigenden Trunksüchtigen als einen Kranken zu betrachten, den nicht zu bestrafen, sondern zu heilen Aufgabe der Gesellschaft ist. Aber auch die Erziehung im Arbeiterhause kann unendlich viel dazu beitragen, uns dem furchtbaren Volksübel Einhalt zu tun. Jede Mutter muß wissen, daß sie in dem Kinde, das sie an frühen Alkoholgenuss gewöhnt, möglicherweise einen Mann erzieht, der später einmal Frau und Kind im Rausch mißhandeln wird. Hier sind es wirklich im Sinn des alten Testaments die Sünden der Eltern, die in furchtbarer Weise an den kommenden Geschlechtern vergolten werden.

Man mag ferner zur Alkoholfrage wie immer stehen, Abstinenzler oder bloß Anhänger der Mäßigkeit sein, eines steht für jeden vernünftigen Menschen ohne weiteres fest: wer nicht trinken kann, ohne sich sinnlos zu betrinken, wer nach Alkoholgenuss zu Erbrechen neigt, der soll das Trinken ganz lassen. In solcher Einsicht mögen seine Freunde ihn anhalten und ihn darin bestärken. Unzweifelhaft sind am Glend manches Trunkenbolde und seiner Familie gedankenlose Kameraden schuld, die selber mehr vertragen, und deren es Spaß macht, während sie selber in angeheiteter Stimmung sind, einen anderen sinnlos betrunken zu setzen. Wir verdanken es der Moral der feudalen Schichten der Gesellschaft, daß wir in der Betrunktheit meist nur ein heiligeres Erlebnis sehen, nicht, wie wir sollten, eine gesundheitliche Gefahr und eine sittliche Schande. Und dann gilt es vor allem, gegen die abscheulichste Form des landesüblichen Alkoholmißbrauchs, gegen die Schnapspest, anzukämpfen. Die Beschlüsse, die verschiedene Parteien dazu gefaßt haben, dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Wir alle wissen, daß es einer tiefgreifenden Umwälzung der Gesellschaft bedarf, um den Alkoholwusel von Grund auf zu bekämpfen. Das entsetzt uns aber nicht der Pflicht, im Einzelnen zu helfen und zu bessern, soweit das in unseren Kräften liegt. Das sind wir der Klasse schuldig, der wir angehören, und deren Interessen wir dienen! Das sind wir der Menschlichkeit schuldig, die das oberste Lebens- und Kampfsprinzip dieser Klasse ist!

## Politische Uebersicht.

Noch ein Beitrag zum Titelschacher.

Man hat sich bei den zahlreichen Enthüllungen über den Titelschacher vielfach den Kopf zerbrochen, welche Wege denn eigentlich die geschäftstüchtigen Vermittler einschlagen, um ihre „Augum-Jug“-Geschäfte zu realisieren. Die folgenden Briefe, in die wir Einsicht genommen haben, bringen einige Aufklärung darüber; handelt es sich hier auch nur um den Postlerantentitel, so sind darum die Methoden nicht weniger interessant, durch die das Hofmarschallamt eines deutschen Fürstentums aus der Titelsucht gute Einnahmen herauszuholen weiß.

Vor einigen Jahren erschienen in bürgerlichen Provinzblättern Inserate, worin die Beförderung des Postlerantentitels „unter strengster Diskretion“ angeboten wurde. Ein Breslauer Kaufmann meldete sich, worauf er von dem Hofmarschallamt Karl Schlegel, Berlin-West, Friedenau, Villa Fehlersstraße 5, einen Brief, datiert vom 22. August 1908, erhielt, worin der Firma mitgeteilt wurde, wenn sie das Geschäft sofort einreichte, könne sie von einem regierenden Fürsten den Postlerantentitel erhalten; ein „Ehrenhonorar“ stellte der Hofmarschallamt nach Erfolg anheim, das heißt, neben einem festen Sportelbeitrag von 2000 Mark. In einem späteren Briefe, vom 20. August 1913, schrieb der Vermittler, daß es sich um den Lippe-Deimold'schen Hof handele, zu dem er Beziehungen habe. Das Prachtstück der Briefsammlung aber ist der nachfolgende:

Breslau, 31. 8. 1908.

Herrn....., Breslau.

Auf Ihren Wunsch übersende ich Ihnen des Gesuch, was Sie mir umgehend mit einem polizeilichen Zeugnis aus dem Amt des Herrn Carl Schlegel, Berlin-West, Friedenau, Villa Fehlersstraße 5, über den Sportelbeitrag von 2000 Mark senden wollen. Der Depotschein soll enthalten, daß nach erfolgter Geschäftserledigung der Betrag sofort an mich zu zahlen ist und daß derselbe nur mit beiderseitigem Einverständnis abgehoben werden kann. Der Fürst ist Oberst im 1. Garde-Ulanen-Regiment zu Potsdam und ich bin geneigt, das Gesuch an geeignete Stelle zu geben. Wenn das Polizeibüro gut ist, so können Sie auch auf Erfolg rechnen, wenn nicht, nun, so haben Sie keinen Kellner zu lösen davon.

Tellen Sie mir noch mit, in welcher Höhe Sie mir ein Gemälde nach Erfolg abkaufen würden, oder welches Ehrenhonorar Sie mir geben würden für meine Mühen, wenn Sie kein Gemälde kaufen würden. Das Hofdiplom erhalten Sie direkt vom Hofmarschallamt. Hochachtungsvoll in Eile  
(Ges.): Schlegel, Hofmarschall.

Wie man sieht, verstand der Herr Hofmarschall sein Geschäft ausgezeichnet. Diefem Schreiben fügte Herr Schlegel gleich ein handschriftliches Formular eines Bewerbungsschreibens an das Lippe'sche Hofmarschallamt bei, worin der Bewerber für sein gutes Geld noch demütig um Verleihung des Titels bitten muß. Es hat folgenden Wortlaut:

„An das Hofmarschallamt Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des regierenden Fürsten von Lippe in Detmold.“

Ein Hohes Hofmarschallamt wolle geneigt sein meine Darlegungen prüfen, um dieselben befürwortend an höchster Stelle vorzutragen:

Untertänigst Unterzeichneter bitte darum, ihm den fürstlichen Postlerantentitel an höchster Stelle erwirken zu wollen und die Genehmigung einzuholen, dem hohen fürstlichen Hofe eine Lieferung von..... (Angabe der Ware) gratis machen zu dürfen. Die mit der Verleihung verbundenen Sporteln von 2000 Mark bin ich geneigt zu zahlen und erwähne dabei, daß die hohe Fürstliche Hofkammer keine Unwürdigkeit anerkennen würde, und daß ich mich, des hohen Gnadenbeweises stets eingedenk, dankbar bezeigen würde.

Einem Hohem Hofmarschallamt  
ehrerbietigster  
(Name, Beruf, Stand.)“

Eine ganze Anzahl von Geschäftsleuten beugte sich tatsächlich diesen Zumutungen, und nicht rein zufällig findet man den Lippe-Deimold'schen Postlerantentitel bei Firmen und in Orten, deren Beziehungen zu Lippe-Deimold dem Unkundigen völlig rätselhaft erscheinen.

## Richter und Politik.

Der preussische Richtertag in Bielefeld hat sich unter anderem auch mit der Frage beschäftigt, ob der Richter sich im öffentlichen Leben politisch betätigen dürfe. Der Amtsgerichtsrat a. D. Professor Bornhof hatte dazu Leitfäden beantragt, in denen es hieß: „Politische Betätigung des Richters ist mit seiner Unparteilichkeit nicht vereinbar.“ Der Richter tag verworf diese Leitfäden und beschloß im Gegenteil:

„Der preussische Richter muß sich mehr als bisher im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben betätigen. Die Gesetzesbeschränkungen der Richter in der Betätigung an kommunalen Körperschaften sind aufzuheben.“

Die angenommenen und die verworfenen Leitfäden scheinen einander zu widersprechen, und doch kann man die angenommenen gutheißen, ohne die verworfenen für unbedeutend falsch zu halten. Es wird immer darauf ankommen, wie der Begriff der Unparteilichkeit definiert wird. Der Richter, der bemüht ist, unparteilich zu sein, ist ein Schurke, und niemand hat je behauptet, daß der preussische Richterstand aus solchen Schurken besteht. Der Richter, der bei der Verteilung von Günst und Ungünst seine ganze sittlich-politische Weltanschauung mitsprechen läßt, kann persönlich ein vollkommen ehrlicher Mann sein, sachlich wird aber seine Rechtsprechung entweder eine Wohlthat oder ein Uebel sein, je nachdem seine Weltanschauung beschaffen ist. Entscheidend für sein richterliches Verhalten wird aber immer seine wirkliche Gesinnung sein, gleichgültig, ob er mit ihr außerhalb seines Berufes hervortritt oder nicht. Da man nun von einem Richter ebenso wenig, wie von einem anderen Menschen verlangen kann, daß er ein politisch-gedankens- und gefühlloses Wesen sei, so ist es immer besser, wenn er die äußeren Zeichen seiner Gesinnung im öffentlichen Leben frei zur Schau trägt. Ein Richter zum Beispiel, der ein offener Parteigänger der Konservativen ist, wird in vielen Fällen mehr darauf bedacht sein, zwischen Richteramt und Parteipolitik die notwendigen Grenzen zu halten, als ein stiller Fanatiker der Reaktion, der seine ganze geistige Tätigkeit von seinen Leidenschaften durchdringen läßt.

Darum mögen die Richter außerhalb ihres Berufes politisch tätig sein; sie mögen aber auch nicht vom Volke verlangen, daß es sie als Sachverständige betrachte, die ihren sonstigen Menschen ausziehen können, wenn sie den Laien angehen. Ein Richter, der seinen Beruf nicht entwürdigend will, wird selbstverständlich nicht im Angeklagten einen politischen Gegner bestrafen wollen, aber daß er bei der Beurteilung der behaupteten Straftat seine politischen Anschauungen mitsprechen läßt, ist nicht minder selbstverständlich, weil es einfach menschlich ist, und auch die Richter sind Menschen.

Daß die preussischen Richter in ihrer ungeheuren Mehrzahl der Sozialdemokratie und allem, was nur entfernt mit Sozialdemokratie zusammenhängt, die stärkste politische Abneigung entgegenbringen, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Was Herr Bornhof unter dem Begriff der versammelten Richter über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Rechtsprechung vorbringen konnte, ist nur ein neuer Beweis dafür. Herr Bornhof entwarf ein schreckliches Bild des Zukunftstaates, in dem der sozialdemokratische Richter die absolute Klassenjustiz betreiben würde, denn seine Rechtsprechung stände unter der Kontrolle der Genossen, die sie prüfen würden, ob seine Urteile mit dem Klassenbewußtsein im Einklang seien.“ Der Herr Professor des Staatsrechts scheint nicht zu wissen, daß in der Welt westlich Preußen-Deutschlands sozialdemokratische Gesinnung kein Hindernis für die richterliche







**Ueber die Eintragung der Wächter betr. des Vor-**  
 gangs in Durazzo erhält die „Neue Freie Presse“ von diplomatischen Seite folgende Mitteilungen: Die Verhandlungen der Vertragswächter über eine eventuelle Mission in Albanien haben nachfolgendes Resultat ergeben:

England, das noch in voriger Woche gegen jede Mission klar, hat seinen Widerstand aufgegeben und sich bereit erklärt, nach dem Grundsatz „si omnes“ ebenfalls an einer Mission teilzunehmen. Ebenso hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an einer solchen Mission durch Entsendung einiger Schiffe teilzunehmen. Diese internationale Mission vor Durazzo hätte neben dem Zweck die Person des Fürstlichen zu schützen, eine rein demonstrative Bestimmung. Sie soll den albanischen Insurgenten, deren Hintermänner vielfach auf die Unmöglichkeit der Großmächte spekulieren haben, die vollständige Uebereinstimmung Europas in der albanischen Frage vor Augen führen. Im Übrigen glaubt man, daß man keinen Grund zu weiteren Besorgnissen habe. Mit einiger Geduld werden die Verhandlungen mit den Aufständischen, die der österreichisch-ungarische Generalkonsul Real leitet, zu einer Beruhigung führen. Die Hoffnungen erscheinen reichlich optimistisch!

**Unerkennliches vom Balkan.**

Aus der bulgarischen Hauptstadt wird gemeldet: Unter den heftigsten Eindrücken der stets wachsenden Verfolgungen des bulgarischen Elementes in den neuen griechischen Gebieten und empört über die nicht zu rechtfertigende feindselige Haltung der griechischen Presse, veranstaltete die Bevölkerung von Durazzo, welche seit einiger Zeit Zeuge des ununterbrochenen Vorbeimarsches der aus Mazedonien vertriebenen Flüchtlinge ist, antihellenische Kundgebungen. Es fand eine Versammlung statt, nach deren Schluß die Menge, welche die Polizei nicht abzuwehren vermochte, zwei große Kirchen besetzte. Die Kirchen sind von den zusammengekauerten Gebern der Bevölkerung von Durazzo zu einer Zeit erbaut worden, da diese Bevölkerung noch dem griechischen Patriarchat unterstanden hat. Die bulgarische Regierung beauftragte ihren Geschäftsträger in Athen, der griechischen Regierung ihre Bedauern über die gestrigen Vorfälle auszusprechen.

Die serbische Regierung ist, nach Meldungen der „Sofia“-Zeitung, an dem Arrangement des Aufstandes in Albanien direkt beteiligt, wobei bald zu erkennen sein wird, inwieweit die serbische Regierung im Einverständnis mit dem jugoslawischen Komitee vorgegangen ist. Es ist auch festgestellt worden, daß Mitte Mai in Tirra an der serbischen Grenze 1500 Werbassier unter dem Kommando des früheren türkischen Gebirgsmilitärs Kemal Bed und des jugoslawischen Kaptans Mir Hilmet gesammelt wurden. Die serbische Armee hat für diese kleine Armee Mehl und sonstige Verpflegungsmittel kostenlos geliefert. Die Serben unterstützen die Propaganda für die Erhebung eines mohammedanischen Fürsten auf den albanischen Thron auch noch in anderer Weise. Sie warben im Grenzgebiete mohammedanische Freiwillige angeht zum Eintritt in das serbische Heer, in Wirklichkeit aber zur Verstärkung der Aufständischen in Albanien.

**Wahlrechtfrage in Südafrika?**

Aus Südafrika wird gemeldet, daß die Regierung beabsichtigt, in der nächsten Session dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Wahlrecht an ein nachgewiesenes Vermögen von mindestens 4000 M. gebunden werden soll. Auf diese Weise hofft man das Anwachsen der Arbeiterpartei zu verhindern zu können.

**Die Wertlosigkeit der Dreadnoughts.** Die „Times“ veröffentlichen einen längeren Artikel aus der Feder des Admirals Percy Scott, der gewiß sowohl im Inlande als auch im Ausland schon in Anbetracht seines Verfassers lebhafteste Diskussionen hervorrufen wird. Nach den Ausführungen Admirals Scotts ist in Zukunft jeder Seekrieg unmöglich geworden durch die Erscheinung der Unterseeboote. Die Schlachtschiffe und Uebereschlachtschiffe sind diesen unscheinbaren Booten gegenüber auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Scott prophezeit das Ende der Seeschlacht. Kein Schiff wird mehr insande sein, auf dem Wasser zu fahren, sobald die kriegerischen Mächte eine genügende Anzahl von Unterseebooten in ihrem Besitz haben. Der Admiral ist also der Meinung, daß alles Geld, was augenblicklich für die Konstruktion der Riesen-„Ueber-Dreadnoughts“ verwendet wird, unnützlich Ausgaben gleichkommt und deshalb zum Bau von Unterseebooten verwendet werden sollte. — Also neue Vorlagen gefällig?

**Die Bizepräsidenten der französischen Kammer.** In der französischen Kammer wurden endlich folgende Bizepräsidenten gewählt: Clementel (radikal) mit 376, Monestier (sozialistischer Radikaler) mit 333, Gobard (gemäßigter Radikaler) mit 310, Lugagneur (sozial. Republikaner) mit 267 Stimmen. Deschanel wurde mit 411 von 435 gültigen Stimmen endgültig zum Präsidenten der Kammer gewählt.

**Eine kurze Anfrage im dänischen Folketing.** Der Vorsitzende der radikalen Parteilinie des Folketings, Poulsen, richtete an den Minister der Meeresangelegenheiten die Anfrage: Ist der Minister des Meereswesens in der Lage, dem Folketing Auskunft über die Verhandlungen zwischen Dänemark und Deutschland wegen der vertragsmäßigen Lösung der Staatsanleihenfrage in Nordischswig und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu geben?

**Ein deutsches Spionagebüro in der Schweiz?** Die „Blätter“ veröffentlichen Auszüge aus den Mitteilungen eines Schweizerischen „Blattes“ über ein deutsches Spionagebüro in der Schweiz. Es heißt darin u. a. Der Hauptzweck dieses deutschen Spionagebüros befindet sich in Basel. Das Büro besitzt jedoch Zweigstellen in allen größeren Städten und unterhält jederzeit Agenten, die hauptsächlich die Aufsache haben, Informationen über das lebende französische Heer zu beschaffen.

**Das Waffenausfuhrverbot nach Mexiko.** In Washington erweist man weitere Maßnahmen zur Verhinderung des Waffenausfuhr nach Mexiko. Es gehen wieder neue Gerüchte um, wonach der Zwist zwischen Gena und Carranza einen bedenklichen Punkt erreicht haben. General Blanquet gibt bekannt, daß die Kanonenboote den Befehl erhalten haben, La Puente zu blockieren, um die Aufständischen zu hindern, Zugriff an Munition zu erhalten. Es soll sich um den Dampfer „Anillo“ handeln, der am 2. Juni von New York mit 600 Tonnen Munition und einem Flugzeug für die Aufständischen abgefahren sei.

**Die Bizepräsidenten der französischen Kammer.** In der französischen Kammer wurden endlich folgende Bizepräsidenten gewählt: Clementel (radikal) mit 376, Monestier (sozialistischer Radikaler) mit 333, Gobard (gemäßigter Radikaler) mit 310, Lugagneur (sozial. Republikaner) mit 267 Stimmen. Deschanel wurde mit 411 von 435 gültigen Stimmen endgültig zum Präsidenten der Kammer gewählt.

**Eine kurze Anfrage im dänischen Folketing.** Der Vorsitzende der radikalen Parteilinie des Folketings, Poulsen, richtete an den Minister der Meeresangelegenheiten die Anfrage: Ist der Minister des Meereswesens in der Lage, dem Folketing Auskunft über die Verhandlungen zwischen Dänemark und Deutschland wegen der vertragsmäßigen Lösung der Staatsanleihenfrage in Nordischswig und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu geben?

**Ein deutsches Spionagebüro in der Schweiz?** Die „Blätter“ veröffentlichen Auszüge aus den Mitteilungen eines Schweizerischen „Blattes“ über ein deutsches Spionagebüro in der Schweiz. Es heißt darin u. a. Der Hauptzweck dieses deutschen Spionagebüros befindet sich in Basel. Das Büro besitzt jedoch Zweigstellen in allen größeren Städten und unterhält jederzeit Agenten, die hauptsächlich die Aufsache haben, Informationen über das lebende französische Heer zu beschaffen.

**Das Waffenausfuhrverbot nach Mexiko.** In Washington erweist man weitere Maßnahmen zur Verhinderung des Waffenausfuhr nach Mexiko. Es gehen wieder neue Gerüchte um, wonach der Zwist zwischen Gena und Carranza einen bedenklichen Punkt erreicht haben. General Blanquet gibt bekannt, daß die Kanonenboote den Befehl erhalten haben, La Puente zu blockieren, um die Aufständischen zu hindern, Zugriff an Munition zu erhalten. Es soll sich um den Dampfer „Anillo“ handeln, der am 2. Juni von New York mit 600 Tonnen Munition und einem Flugzeug für die Aufständischen abgefahren sei.

**Parteiangelegenheiten.**

Ein Agitationszettel durch die Vereinten Staaten. Genosse Dr. Frank-Mannheim wird, wie die „Mannheimer Volkszeitung“ mitteilt, einer Einladung der deutschen Sektion der sozialistischen Partei der Vereinten Staaten folgend, vom August bis November eine Agitationsreise durch die wichtigsten Städte der Vereinigten Staaten unternehmen.

**Note Woche in Frankreich.** Die französischen Genossen werden in der Zeit vom 26. Juni bis zum 5. Juli eine rote Woche veranstalten. Diese „sozialistische Woche“ soll das nächste Resultat der Kammerarbeiten für die Parteiorganisationen und für die Presse der Partei nutzbar machen. In öffentlichen Versammlungen, in denen die erwählten Genossen referieren, sowie in privaten Zusammenkünften sollen die Wähler für die Parteiorganisationen gewonnen werden. In besonderen Tagen — am 26. und 27. Juni und am 4. und 5. Juli — soll im besonderen für die „Humanität“ Propaganda gemacht werden. In den beiden Departements Seine und Seine-et-Oise werden am 8., 10. und 11. Juni nach weiterer Agitationstage eingeleitet, für welche sich die Gesamtheit der sozialdemokratischen Kammerfraktion zur Verfügung stellt. Am 12. Juli sollen die Ergebnisse der Propagandawoche mitgeteilt werden. Die ganze Agitationswoche wird ihren Abschluß in einem für den 13. Juli geplanten Fest finden zu Ehren des an diesem Tage aufzunehmenden Parteitag und zur Feier des sozialistischen Wahlsieges.

**Gewerkschaftliches.**

**Stadt und Provinz.**

**Wählung, Böttcher!** Wegen Ablehnung der wichtigsten Forderungen eines eingereichten Tarifes des Arbeitgebervereins von Liegnitz, dem fast sämtlich Arbeitgeber angehören, bestehen zurzeit sehr ernsthafte Differenzen. Es wird dringend eruchtet, den Bezug von Böttchern nach Liegnitz fern zu halten. Alle arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

**Wählung, Metallarbeiter!** Die Forme der Firma Metall, Eisengiesserei und Maschinenfabrik, in Meisse-Neuland befinden sich im Streit, weil in letzter Zeit von der Betriebsleitung verschiedene Abfordpreise reduziert wurden und auch sonstige Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen angekündigt waren. Die Verhandlungen scheiterten an der ablehnenden Haltung der Firma.

Da nun auch die Firma versucht, durch Zeitungsinserte zu Forme und Eisenarbeiter anzuwerben, so sind bezügliche Arbeitsangebote zurückzuweisen. Auch der „Vreslauer General-Anzeiger“ sucht in einem Inserat Streikbrecher für die Firma. Die Firma Metall in Meisse-Neuland ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Deutsches Reich und Ausland.**

**Vorzellanarbeiter, Vorhut!** Die Firma Porzellan-Industrie-Platten-Gesellschaft Bergmann in Müma hat einen zehnprozentigen Lohnabzug angekündigt, der von den Arbeitern zurückgewiesen wird. Deshalb drohen Differenzen erster Natur auszubringen. Die Firma leiert in der Hauptsache Staatsanträge in Solotoren. Seit einiger Zeit läßt sie sich vom städtischen Arbeitnachweis in Nürnberg Leute vermitteln. Vollständig mittellos mußte vor einigen Tagen eine Arbeiterin aus Nürnberg, dieser Betrieb verlassen. Durch eine Sammlung unter den Arbeitern wurde ihr Fahrgehalt zur Heimat aufgebracht um sie nicht auf den Weg des Verderbens drängen zu lassen. Man halte jeden Zug strengstens fern.

**Stützen der Braunkohleindustrie zu Groß-Siedlitz bei Sosna.** Die Verwaltung der Braunkohlewerke „Frany“ zu Groß-Siedlitz, zu deren Abzugsgebieten auch die Provinz Schlesien gehört, hat beschlossen, mit dem 1. Juli d. J. den Betrieb einzustellen, wodurch rund 100 Arbeiter, von denen viele schon ein Menschenalter auf den Werken beschäftigt sind und sich auch anständig gemacht haben, brotlos werden. Gründe für diese in der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegend tief einschneidende Maßregel hat die Grunderverwalter bisher nicht angegeben.

**Streikende Privatbeamte.** Seit dem 1. Mai, also bald fünf Wochen, stehen nun schon die Dreizehn Musterzeichner im Streit um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Forderungen betreffen vornehmlich in einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung, in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54 1/2 auf 50 1/2 Stunden und der Gewährung bezahlter Ferien. Die Zahl der Beteiligten beläuft sich auf 31 von 35 überhaupt in Betracht kommenden Zeichnern. Die Unternehmer wenden alle möglichen Mittel an, um die kämpfenden Ingeestellten zu entmutigen. Vieher haben sich die Zeichner jedoch sehr gut gehalten und sind auch gegenwärtig noch voll Biversicht, sodat durchaus mit der Möglichkeit eines Sieges gerechnet werden kann.

**Ein Holzarbeiterstreik in Götha.** Vor einigen Tagen haben in der Ste d'Alano-Fabrik (G. m. b. H.) in Götha rund 400 Arbeiter wegen Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt, nachdem Verhandlungen mit dem Direktor wieberholt gescheitert waren. Es handelt sich um eine Werkfirma, die auch in England und Amerika Fabrikbetriebe besitzt.

**Arbeiten im spanischen Bergbezirk von Rio Zinto?** Neue ernste Konflikte sind in dem spanischen Bergbezirk Rio Zinto ausgebrochen, weil die Gesellschaft die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllte. Die Arbeiter kündigten an, daß sie Sabotage treiben würden, wenn die früheren Abmachungen nicht eingehalten würden. Darauf wurde das gesamte Personal ihrer Zuckerei und der Sekretär ihrer Gewerkschaft verhaftet und das größte Dorf ihres Bezirkes militärisch besetzt.

**Der Vorstand des englischen Bergarbeiterverbandes macht** der dieser Tage zusammentretenden Verbandskonferenz den Vorschlag, einen weit geringeren Lohn von Kandidaten aufzustellen, wie bisher. Zur Begründung wird angeführt, daß die Ausgaben für politische Zwecke alljährlich angewachsen sind und gestrichelt werden müssen. Sollte dieser Vorschlag zur Durchführung gelangen, so würde er eine nicht unerhebliche Schwächung der Arbeiterpartei bedeuten, denn auch diese wird aus finanziellen Gründen kaum in der Lage sein, die von den Vergarbeitern ausgehenden Wählerkreise selbst zu bearbeiten. Das Fehlen einer eigenen, das ganze Land umfassenden, besonderen Parteiorganisation macht sich gerade jetzt unannehmlich bemerkbar. Dabei scheint der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften selbst in der letzten Zeit keineswegs gewachsen zu sein. Der oft zutage tretenden mangelhaften Stimmung scheint auch der Vorschlag des Vorstandes der Bergarbeiter zu entsprechen.

**Jugendbewegung.**

**Der Kampf gegen die Jugend.** Die Arbeiterjugend Rheinlands und Westfalens hält an jedem Pfingstfest an einem Orte des Bezirkes ihren Jugendtag in Form einer großen unpolitischen Jugendversammlung ab. Bis her sind nie Schwierigkeiten von den Behörden gemacht worden und die Versammlungen nahmen stets besten Verlauf. Der zum Pfingstsonntag in Krefeld angesezte Jugendtag ist nun vom dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf auf Grund des § 17 des Reichsverordnungsgegesetzes verboten worden.

**Neueste Nachrichten.**

**Die Suffragette vor dem Königspaare.**

**London, 5. Juni.** Trotz umfassender Vorkehrungsmaßregeln der Polizei ist es dennoch einer Suffragette gelungen, in den Buckinghampalast einzudringen und vor dem königlichen Paare im Thronsaal eine Manifestation zu veranstalten in dem Augenblick, als sämtliche Eingastabenen vor dem König Georg und der Königin Mary bestanden. Der Zwischenfall ereignete sich gegen 11 Uhr abends. Eine junge, sehr hübsche Frau, im schwarzen Abendkleid, die bis dahin abseits gestanden hatte, drängte sich plötzlich in die vordere Reihe, warf sich dem König und der Königin zu Füßen und rief mit lauter Stimme, die im ganzen Saale bemerkbar war: „Wollen Ew. Majestät nicht endlich den Forderungen der Frauen ein Ende machen?“ Sofort stürzten von allen Seiten Diener auf die Suffragette und trugen sie trotz ihres heftigen Widerstandes zum Saale hinaus. Der König und die Königin zeigten durch keine Miene an, daß sie den Vorfall bemerkt hatten und auch die Einzelnen ließen keinerlei Erregung erkennen. Um so größer ist die Aufregung in der englischen Vorkenspresse, die drakonische Maßnahmen gegen die Suffragetten verlangt. Es verläutet auch, daß die Regierung endlich gegen das Umweifen der Wahlleiter vorgehen wird. Zunächst soll die Prigelftrafe eingeführt werden und unter keinen Umständen mehr eine Entlassung intertemporier Wahlleiter aus dem Gefängnis stattfinden, selbst wenn dieselben durch Hungerstreik nach in Todesgefahr befinden. Weiter soll ein Gesetz eingebracht werden, wonach alle Frauen, die den Suffragetten Geldstiftungen zukommen lassen, sich einer strafbaren Handlung schuldig machen und sich jeder Geldstrafen aussetzen. Die Art und Weise, wie es den Suffragetten gelungen ist, sich die stetigen Geldsummen zu beschaffen, die sie zu ihrem Kampfe gebrauchen, ist unbekannt. Die Wähler bezeichnen eine Statistik, wonach die Suffragettenbewegung ihren Höhepunkt im Jahre 1912 über zweiundsiebzig Millionen Mark gestiftet hat, während die Unkosten im Jahre 1913 noch bedeutend höher sind.

**Eigenartiges Vermächtnis.**

**Berlin, 5. Juni.** Eine Frau vermachte der Stadt Berlin testamentarisch ein Kapital von 50000 Mark, aus dessen Zinsenwachen bedürftige, von ihren Männern verlassene oder im Ehebetäubungsprozess liegende Frauen der Stadt Berlin ohne Berücksichtigung der Konfession Unterstützung erhalten sollen.

**Gräuliche Tat einer Mutter.**

**Biel, 5. Juni.** Hier hat die Frau des Wipfeldwebers a. D. Peter ihren einjährigen 28-jährigen Sohn Bruno in geistlicher Anwesenheit mit einem Hammer im Welt erschlagen. Als der Gaite vormittags heimkehrte, bot sich ihm im Schlafzimmern ein grauenhafter Anblick dar. Der Sohn lag mit verschmettertem Schädel im Welt. Die Frau war gerade im Begriff, das Haus in Trauerkleidern zu verlassen.

**Gerüchte über den Fall Durazzo.**

**Athen, 5. Juni.** Aus Rom werden Gerüchte hierher gemeldet, daß Durazzo bereits von den Aufständischen eingenommen worden sei. Eine Bestätigung dieser Gerüchte liegt jedoch nirgendes vor.

**Die Zusammensetzung des neuen französischen Kabinetts.**

**Paris, 4. Juni.** Wenn Bourgeois nicht ablehnt, dürfte sich das Kabinet wie folgt zusammensetzen: Vorsitz und Unterrichtsminister Jean Duvouy, Außenminister Leon Bourgeois, Inneres Malvy, Krieg Messimy, Marine Reaoul, Finanzen Rouleus, Öffentliche Arbeiten Renault, Ackerbau Reynaud, Handel Thomson, Arbeit Metin, Kolonien Lebrou.

**Französische Erfolge mit drahtloser Telephonie.**

**Paris, 5. Juni.** Wie der „Matin“ meldet, haben gestern sensationelle Versuche mit drahtloser Telephonie in der Umgegend von Paris stattgefunden. Die in Paris bestehende Kommando für Radiotelegraphie hat sich in ihrem Pariser Bureau mit einem fahrbaren Posten in Vorez, 105 Kilometer von Paris entfernt, drahtlos in Verbindung setzen lassen. Als die Verbindung hergestellt war, wurden Fernsprechapparate eigenartiger Konstruktion eingeschaltet und die Anwesenden hörten mit größter Deutlichkeit und Klarheit die langen Berichte, die in Vorez mit toller Stimme in den Apparat gesprochen wurden. Ein noch weiter entfernter Posten in Meltray, 200 Kilometer von Paris entfernt, konnte die drahtlosen Wellen gleichfalls auffangen, und man konnte in Meltray gleichfalls den aus Vorez kommenden Gesprächen deutlich folgen.

**Der Prozeß gegen den Dieb der Mona Lisa.**

**Florenz, 5. Juni.** Hier begann gestern einer milderer Teilnahme des Publikums, aber in Gegenwart eines großen Aufgebots von Journalisten aller Länder der Prozeß gegen den Dieb der Mona Lisa, Perugia. Der Angeklagte gab eine genaue Darstellung der schon bekannten Umstände des Diebstahles. Der Wirthschafter Umalbi erklärte Perugia für einen ungefählichen Narren. Nachmittags nahm der Staatsanwalt Baroli das Wort, der die Verurteilung des Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis forderte.

**Schwerer Flugernfall.**

**London, 5. Juni.** Aus Portsmouth wird gemeldet: Das Wasserflugzeug 128, geführt von Leutnant Crawford mit Kapitänleutnant Rice als Passagier, stürzte gestern beim Flug über den Hafen in's Wasser. Beide Insassen ertranken. Die Maschine explodierte beim Manöverieren des Flugzeuges mit drei anderen Flugzeugen über den Solent. Ertrunken war ein letzter Insasse und ging unter. Rice floh aus seinem Sitz, ehe das Flugzeug das Wasser berührte. Seine Leiche ist noch nicht gefunden.

**Schritte der mexikanischen Rebellen.**

**New York, 5. Juni.** Nach Depeschen, die von Carranza in Durango eingetroffen sind, sind die Städte Lantima und Zanotepuca im Staate Durango von einer Streitmacht unter General Landido Aguilar, der kürzlich zum Gouverneur dieses Staates ernannt worden ist, eingenommen worden. Aguilar hält jetzt einen großen Teil des Landes und hat Zoll- und Militärbehörden eingesetzt. Nach einer von Admiral Howard in Mexiko eingetroffenen Nachricht ist die Stadt Guadaluajara von drei Kolonnen der Armee des Generals Obregon eingenommen. Die Stadt Colima ist in die Hände des Konstitutionalistengenerals gefallen.

**Wetternachrichten der Unterwärts-Stationen.**

Wetterst. Ort/Zeit	1. Juni	2. Juni	3. Juni	4. Juni
St. Petersburg (O.)	+16.5	+19.7	+21.4	+21.0
Wien (O.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Berlin (O.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Moskau (O.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
St. Petersburg (W.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Wien (W.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Berlin (W.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Moskau (W.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
St. Petersburg (S.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Wien (S.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Berlin (S.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0
Moskau (S.)	+16.5	+18.8	+20.4	+20.0

**Wasserstands-Nachrichten der Oder.**

Wasserst. Ort	1. Juni	2. Juni	3. Juni	4. Juni
Breslau (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Wien (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Berlin (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Moskau (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
St. Petersburg (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Wien (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Berlin (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Moskau (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
St. Petersburg (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Wien (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Berlin (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0
Moskau (O.)	+18.5	+19.7	+21.4	+21.0

**Wetternachrichten der Unterwärts-Stationen.**

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 0.86. Giefern oft Regen, nachts Regen. Zur Reduktion auf Meereshöhe sind 1.21 vom Standpunkt zu ziehen.



„Der neueste politische Kurs“

Ueber dieses Thema spricht

Reichstagsabgeordneter

Herm. Molkenbuhr aus Berlin

in einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17.

Freier Eintritt!

Freie Aussprache!

Zu dieser Versammlung ist jedermann willkommen.

Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltung Breslau.

Achtung! Unfallatente u. Helfer. Achtung!

Branchen-Versammlung.

Konsum- und Sparverein „Einigkeit“ für Briesg und Umgegend

General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht fürs 1. Halbjahr 1913/14.
2. Berichterstattung des Revisionsberichts.
3. Festsetzung einer Sparordnung.
4. Wahl der auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.
5. Wahl der Ersatzmitglieder zum Aufsichtsrat.
6. Anträge.
7. Genehmigung des Protokolls.

Anträge müssen nach § 29 rechtzeitig an den Unterzeichneten eingereicht werden.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Aufsichtsrat.

J. A. Karl Schwitalla, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Allgemeine Ortskrankenkasse f. d. Stadt Rawitsch

In der am 29. Mai 1914 vorgenommenen Vorstandswahl...

Der Vorstand.

J. A. R. Schütz

Strehlen.

Donnerstag, den 7. Juni 1914, von 10-3 Uhr, bei Herrn Knoll

Frauen-Abend

Glogau. Wahlverein.

Wahl zum internat. Kongress

Schauspielhaus

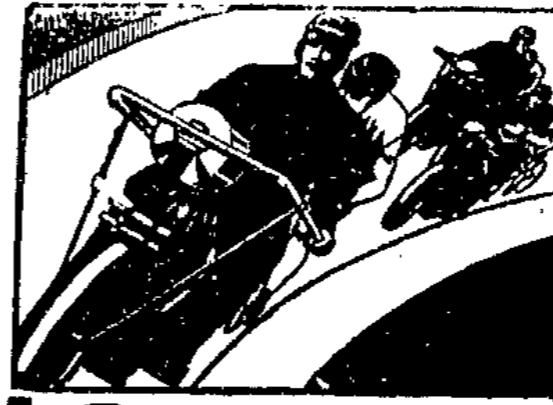
Liebich's Etablissement

Job's

Viktorin-Theater.

4 Parisiana-Lustspiele

Christentum und Sozialismus



Radrennbahn Grüneiche.

Sonntag, den 7. Juni, 4 Uhr nachm.: 10 km Rekord-Fahren und

Großer Oder-Preis

Stunden-Rennen hinter großen Motoren mit V. Linart Belgien, J. Miquel Frankreich, A. Stellbrink Berlin, P. Thomas Breslau

Radrennbahn Grüneiche.

Training zum Gr. Oderpreis

„Triumph Cito“

Aus der Tiefe

Arbeiterbriefe

Vermietung

Große helle Werkstat

Zoologischer Garten

Konzert Stadtheaterkapelle (Rüster)

Arbeitsmarkt.

Für die Wäsche-Zuschneide-Ateliers

Milchverträgerin

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes items like 'Für 100 Kilogramm', 'Wagen', 'Kühe', etc.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Large directory listing various businesses and services in Breslau, including 'Waren- u. Kaufhäuser', 'Schuhwaren-Engros', 'Spielwaren', 'Stempelfabriken', etc.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Juni.

### Zur Wahl und Abstimmung

am nächsten Sonntag, von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, sind die Mitgliedsbücher des sozialdemokratischen Vereins Breslau mitzubringen. Die Abstimmung wird im Mitgliedsbuche vermerkt. Wählen dürfen alle männlichen und weiblichen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht länger als drei Monate im Rückstande sind. Beitragsmarken können bei den Distriktsführern in den Wahllokale gekauft werden. Rückstände wegen nachgewiesener Krankheit und Arbeitslosigkeit berechtigen auch zur Wahl. Jedes Mitglied muß selbst das Wahlrecht ausüben; eine Vertretung ist nicht zulässig. Die Stimmzettel werden im Wahllokale ausgegeben.

Die Wahlzeit ist bis auf 3 Uhr nachmittags ausgedehnt worden, um auch den weiblichen Mitgliedern Zeit zur Ausübung des Wahlrechts zu bieten.

### Auf zur Wahl und Abstimmung!

### Neue Leser für die „Volkswacht“

zu werden und damit den Boden für zukünftige Ernten auch auf anderen Gebieten vorzubereiten, das muß eine der ersten Aufgaben eines jeden Parteigenossen sein. Nur der ständige Leser unserer Presse wird uns ein treuer Wähler und früher oder später auch ein treuer überzeugter Genosse und Mitkämpfer werden! Wer seine geistige Kraft aus Generallanzeieren oder anderen gegnerischen Blättern bezieht, der wird und muß uns immer ein Hindernis und ein Demuscheln in unserem Kampfe bleiben, auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Das sind Winzen wahrheiten, die, wenn auch leider noch nicht von allen unseren Parteigenossen voll erfasst, trotzdem beweisen, wie großen Wert alle unsere Leser und Parteimitglieder darauf legen sollten, die sogenannte gutbürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen zu besetzen und dafür unsere Presse, die Volkswacht einzuführen. Besonders in der jetzigen Zeit, wo uns die Polizei beim Arbeiter-Sängerfeste ungewollt so gut vorgearbeitet hat, da kann und darf es nur einen Ruf geben: Ruf zur Hausagitation für die Presse!

Sonntag, den 7. Juni wird von Freyer, Michalisstraße 5 aus eine solche Agitation vorgenommen, und wir ersuchen alle Parteigenossen und Genossinnen um rege Mitarbeit. Unsere Agitation beginnt um 8 Uhr morgens. Wegen der schönen Tage, die zu Ausflügen veranlassen, empfiehlt es sich, recht pünktlich zu erscheinen.

Auch vom Distriktslokal Pirschstraße 68 aus wird am Sonntag eine Volkswacht-Agitation unternommen. Die Mitglieder des Distrikts 13 und die Genossen der umliegenden Distrikte werden sicherlich pünktlich und zahlreich zur Stelle sein.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Der Hauptgegenstand der gestrigen Beratungen bildet der Streit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung um die Gewährung von Freikarten auf der städtischen Straßenbahn. Diese Freikarten für Stadtverordnete sind aus einem konventionellen Antrage hervorgegangen und wurden auch jetzt wieder durch einen Antrag Dr. Peucker zur Debatte gestellt, nachdem der Magistrat den Stadtvätern Beamtenkarten zum halben Preise als Abschlagszahlung zur Verfügung gestellt hat. Es ist ja sehr lange ohne diese Freikarten gegangen und kann auch in Zukunft ohne diese gehen, nachdem aber die Stadtverordnetenversammlung einmal anders beschlossen, mußte sie die Herabsetzung ihrer Beschlüsse durch den Magistrat verlangen. Und das verlangte sie auch nach einer langen, fast ganz juristischen Debatte, die unsere Leser unten verzeichnet finden. Mit 38 gegen 17 Stimmen wurde der Antrag Herschel angenommen, der vom Magistrat die Karten verlangt — man wird es eventuell auf ein Verwaltungsstreitverfahren ankommen lassen.

Bei der Beratung eines Antrages betreffend Ankauf von Land in der Hellmuthstraße beschwerte sich Stadtv. Finger über „geheimnisvolle Kräfte, die für sich Vorteile herauszulegen und gewisse Stadteile zur Entwidlung bringen, während andere zurückbleiben“. Diese Bemerkungen riefen Zusatzaufstellungen des Oberbürgermeisters, des Stadtrats Schmidt und v. Scholz hervor und Stadtv. Hamburgers erklärte die Sache kurz und richtig: Die Landgesellschaften, die Herr Finger meint, haben Geld und die anderen nicht. Deswegen können sie etwas machen. Stadtv. Daffert trat in der Debatte für die Behauptung von Goldschmidt, die Herren Jätsch und Mühlbach für die Substanzgegend ein.

Der Magistrat hat einen Gegenbesuch nach Wien am 1915 beschoben und eine weitere Einladung nach Glasgow nicht angenommen. Herr Herschel bedauert das in längerer Rede, muß sich aber damit zufrieden geben, nachdem Oberbürgermeister Matting mitgeteilt, daß bei dem Wiener Besuche fast alle Schwierigkeiten entstanden und er von der Engländerseite aus Mühe auf die gleiche Meinung in der Stadtverordnetenversammlung über diese Reise Mühen genommen habe. Einen anderen Vertreter wollte der Magistrat nach Mitteilung des Bürgermeisters Kremm nicht entsenden.

Für die nächsten Sitzungen wurde Stadtv. Körner I als Vorsitzender gewählt, da die beiden Vorgesetzten nicht möglich waren.

### Freikarten für die Stadtverordneten.

Der Referent Stadtv. Peucker und 20 andere Stadtverordnete beantragen, die früher gewährte Stadtverordneten Freikarte für die städtische Straßenbahn wieder einzuführen. Der Wahl- und Verfassungsausschuß empfiehlt, diesem Antrage zuzustimmen. Der Berichterstatter

Stadtv. Körner I (Vb.) berichtet ausführlich über die Ausschreibungsverhandlungen. Die große Mehrheit sei für die Freikarte gewesen, weil heute die Verhältnisse gegen die Zeit vor hundert Jahren ganz andere geworden sind und es durchaus gerecht und billig erscheine, die Freikarte wieder einzuführen.

Stadtv. Heilberg (Vb.): So wie die Sache heute aus dem Ausschuss herauskommt, nützt sie uns nichts, kann sie den Konflikt nicht lösen. Im Falle Mühlstein hat das Oberverwaltungsgericht die Freikarte als rechtswidrig bezeichnet. Fragen wir also leht den Beschluß auf Freikarten-Gewährung, so könnte der Oberbürgermeister diesen Beschluß beanstanden, weil er gegen das Gesetz verstößt. Wir müßten dann im Verwaltungsstreitverfahren klagen. Ein Beschluß freilich im Sinne des Antrages Peucker, der von einem Ersuchen an den Magistrat spricht, der wäre wohl zulässig, denn ersuchen können wir den Magistrat um alles mögliche. Aber der Magistrat ist dann nicht gezwungen, uns zu folgen. Deshalb möge ein anderer Herr den formell nicht zu beanstandenden Antrag stellen, die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Freikarten sind wieder einzuführen. Grundsätzlich bin ich freilich gegen die Freikarten, auch gegen die Beamtenkarten, die man uns anbietet. Wir müssen das bestehende Gesetz anwenden. Handelt es sich aber um die Auslegung des Gesetzes, so muß ich sagen, in erster Reihe ist die Frage auch eine solche des Anstandes. Wir können nach dem Vorlesen der Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung uns weder ernähle noch Freikarten bewilligen. Selbst wenn diese Entscheidung unrichtig wäre, dürfen wir das nicht tun. Ich habe die Zeit benutzt zu einer kleinen Privatstatistik. Ich habe an alle beteiligten Städte geschrieben und soweit ich Antworten bekam, sind sie übereinstimmend darin, bei uns werden Freikarten oder ernähle Karten nicht bewilligt. In Berlin hatten die Stadtverordneten Freikarten bis zum Erlass der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, seit diesem Tage aber nicht mehr, und zwar mit ausdrücklicher Billigung der starken sozialdemokratischen Fraktion. Bei dieser Sachlage können Sie nur nach meinem Antrage beschließen, den Beschluß von 1912 über die Freikarten aufzuheben und auch die ernähle Karten nicht auszugeben.

Stadtv. Kowitz (Vb.): Man kann der Ansicht des Vorstandes sehr und doch zu anderen Entscheidungen kommen. Sollte uns der Magistrat seinerzeit nicht das zweifelhafte Weihnachts-geschenk mit der Entziehung der Freikarte gemacht, dann bestände die Freikarte trotz des Oberverwaltungsgerichts noch ruhig weiter. Es handelt sich um keine Gesetzesverletzung, sondern höchstens um die Verletzung eines Urteils, das von einem anderen Senate wieder aufgehoben werden kann. Wenn man den Geist behält, der 1808 bei der Schaffung der Städte-Ordnung herrschte, und die Entwicklung berücksichtigt, die inzwischen eingetreten hat, so müssen wir sagen, in einer Zeit, wo Reichs- und Landtagsabgeordnete Klären bekommen, ebenso Schüssen und Geschworene, da sind auch die Freikarten gerechtfertigt.

Stadtv. Löbe: Es handelt sich nicht um Gesetz, sondern um seine Auslegung. Diese Auslegung ist aber bei allen Gerichten wandelbar und nicht unänderlich. Wenn Herr Heilberg sagt, auch eine unrichtige Auslegung müsse von uns respektiert werden, so heißt das, diese Auslegung vereiteln. Wir wollen aber durch Vortragung neuen Materials eine andere Auslegung für andersartige Verhältnisse herbeiführen. Die Enquete des Herrn Heilberg scheint nicht vollständig zu sein, es fehlt darin zum Beispiel Schöneberg, und im übrigen sind die Großstädte im Osten so selten, daß die Umfrage nicht maßgebend ist. Auf den „Anstand“ braucht man die Frage nicht hinauszu spielen, denn seit Jahren bis auf den heutigen Tag haben Deputationsmitglieder und Magistratsmitglieder die Karten gehabt, ohne unanständig zu sein, und es kann ein schämlere Verstoß gegen den Anstand darin liegen, wenig begüterten Mitgliedern die Ausübung eines städtischen Ehrenamts zu erschweren. Wie wenig wir den Wetzungen der Juristen in dieser Frage folgen können, zeigen die Vorgänge im Ausschuss. Dort waren drei Juristen und acht normale Bürger anwesend (Seiterteil); die drei Juristen hatten drei verschiedene Ansichten, ganz rechts stand diesmal Herr Heilberg, ganz links Herr Dr. Peucker — er wachte zwar ein bisschen, aber es ging noch an (Seiterteil) — und in der Mitte, halb und halb, wo sonst Herr Heilberg meist steht, stand der Magistratsvertreter. In dem Augenblicke, wo sich die drei Juristen zusammenfanden, verteilten alle Herren der Ankauf Herrn Heilberg, alle Herren der Rechten Herrn Peucker und wir begaben uns mit ihnen unter die Führung des Stadtv. Körner I. Es handelt sich heute nicht darum, zu entscheiden, ob uns die Karten praktisch unsere Pflicht erleichtern, ob es opportun ist, sie angesichts der vielen anderen Ehrenbeurteilungen der bevorstehenden Abschaffung der Beamtenkarten aufrecht zu erhalten. Wir wollen es darauf ankommen lassen, ob der Magistrat von sich aus unsere Beschlüsse umwerfen kann, und ob die oberen Instanzen die Städteordnung gegenüber den Großstädten ebenso auslegen werden wie gegenüber Mühlheim an der Ruhr. Wenn der Magistrat es darauf ankommen lassen will, dann hat die Versammlung keinen Anlaß, zurückzutreten.

Oberbürgermeister Matting: Ob die Frage eine solche des Anstandes ist, darauf werde ich nicht eingehen. Ich komme auch nur darauf, weil Herr Löbe einen Vergleich zog mit den Mitgliedern der Verkehrsdeputation, der unzutreffend ist. Was den Magistrat betrifft, so ist er nicht anders behandelt, als Sie, meine Herren, denen die Beamtenkarten ebenfalls angeboten wurden. Wir werben uns hier wohl kaum einlegen. Es wäre deshalb wohl das Beste, wir beschließen nach dem Vorschlage des Herrn Heilberg, der die Angelegenheit nur vom Standpunkte der Auslegung behandelt. Herr Kowitz meint allerdings, der Magistrat könne Ihnen ruhig zustimmen. Davon kann doch keine Rede sein. Das Urteil im Falle Mühlheim ist ergangen und ich sehe keine Möglichkeit für den Magistrat, seinen Standpunkt anzugeben. Nun sagt man, er habe mit den Beamtenkarten schon eine Schwächung gemacht. Zugegeben, daß dies ein Kompromiß, so ist doch noch ein großer Unterschied zwischen den Freikarten und den Beamtenkarten. Ferner wird gesagt, die Größe der Stadt mache Freikarten nötig. Das Gesetz kennt aber eine solche Berücksichtigung nicht. Auch möchte ich noch bemerken, Kowitz sagen, der Magistrat hat sich selbstherrlich über die Freikarten nicht hinweggesetzt; er mußte die Maßregel auf Weisungen durchzuführen, wie es geschah ist.

Stadtrat Dr. Peucker: Im Ausschuss sind alle Bedenken für und gegen die Freikarten ausgiebig erörtert worden. Maßgebend für den Magistrat bei Entziehung der Freikarten war die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Mühlhauener Fall. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts läßt sich auf die rheinische Städteordnung und diese gleicht der der ostpreussischen Provinzen. Stadtv. Hamburger II (Vb.): Ich bitte, den Antrag Heilberg auf Aufhebung des Beschlusses über die Gewährung von Freikarten an die Stadtverordneten anzunehmen. Der Antrag Peucker führt zu keinem Resultat und das Oberverwaltungsgericht wird seinen Standpunkt nicht ändern. Der Antrag Peucker macht den Eindruck, daß man lediglich um materielle Vorteile für die Stadtverordneten einen Prozess führen will.

Der Vorsitzende Stadtv. Peucker (Konf.): Ich muß zur

im Ausschuss angenommen habe, sagen, der Magistrat hat alle Stadtverordnetenbeschlüsse auszuführen, die von ihm gefaßt werden. Zur der Magistrat das nicht, so brauchen wir kein Verwaltungsstreitverfahren, sondern können uns hier auseinandersetzen. Ich bin der Ansicht, wenn wir nachweisen, daß uns in der großen Gemeinde als Stadtverordnete gewisse Ausgaben entstehen, so ist kein Gesetz, das eine Pauschalzahlung nicht gewährt werden kann. Also eine Freikarte ist durchaus zulässig. Es wird gefaßt, das Ehrenamt mache irgend eine Vergütung unmöglich. Auch das ist im Urteil des Oberverwaltungsgerichts nicht erörtert. Zeugen, Sachverständige, Schöffen und Geschworene usw. erhalten ihre Auslagen, und niemand wird sagen können, daß darunter ihr Ehrenamt leidet. Wenn es wirklich so klar war, daß uns nach dem Urteil die Freikarten entzogen wurden, so brauchte er doch nicht erst Erlaubigungen einzuziehen. Das Verwaltungsstreitverfahren ist gar nicht nötig.

Oberbürgermeister Matting: Die Frage um die Materie herumgehende Erörterung, ob der Magistrat Recht hat mit der Entziehung der Freikarte, ändert an der Hauptfrage nichts, nur diese Karte gesetzlich zulässig. Eine Pauschale hat Ihnen der Magistrat mit den ernähle Karten angeboten, die wollen Freikarten sind aber keine Pauschale (Widerpruch); sie gehen darüber sicherlich hinaus und sind ein Mehr. Die Städteordnung, um die es sich handelt, ist auch nicht hundert Jahre alt, sondern rührt aus dem Jahre 1808 her. Die Errichtung des Magistrats über die Freikarten und keineswegs aus dem Befehle der Schwäche zu erklären.

Stadtrat Peucker verteidigte nochmals den Beschluß des Magistrats wegen der Entziehung und betonte, daß das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in der Angelegenheit der Mühlhauener Freikarten auch für Breslau maßgebend sei. Es werde bei einem Verwaltungsstreitverfahren von allen Instanzen kein anderes Urteil herauskommen. Im übrigen bittet er nochmals dem Antrage Heilberg zuzustimmen.

Stadtv. Finger (Konf.): Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters in der Stadtratsitzung erscheint es mir ungewiss, daß es nach Annahme des Antrages Peucker bei dem jetzigen Stande bleibt. Deshalb empfehle ich, zu sagen, wir beschließen, die Freikarten werden wieder eingeführt. Ich bitte dem zuzustimmen.

Stadtv. Herschel beantragt, zu beschließen, daß den Stadtverordneten Freikarten auf den Linien der städtischen Straßenbahn zu gewähren seien.

Stadtv. Kaufmann (Vb.) beantragt, dem Antrage Heilberg zuzustimmen; man könne damit am besten über die peinlich werdende Sache hinweg.

Stadtv. Herschel (Vb.) begründet seinen Antrag, der eine Klärung der Sache herbeiführen will. Wir haben die Verpflichtung, sie zur höchstzulässigen Entscheidung zu bringen. Es kann dabei von „metallischen Beigeschmack“ nicht die Rede sein; auch die Frage des „Anstandes“ scheidet völlig aus. Die Zeit hat sich nach zwei Richtungen geändert. Nicht nur die räumliche Ausdehnung der Städte ist größer geworden, auch der Kreis der Aufgaben in den verschiedenen Kommissionen usw. Deswegen muß den beteiligten Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, solche Ausgaben nicht für die Stadt zu machen, sondern ersetzt zu erhalten. So sehr ich den guten Willen des Magistrats anerkenne, gibt es doch nur ein Entweder — oder. Ich bin für das oder, d. h. für eine klare Entscheidung.

Stadtv. Prof. Wohltauer (Vb.): Man kann schon auf dem Standpunkt stehen, daß es ein Fehler ist, wenn die Städteordnung jede Entscheidung für Stadtverordnete ausschließt, denn ohne Frage haben viele von den Stadtverordneten Auslagen. Ich bin für den Antrag Heilberg und wäre dem Magistrat dankbar, wenn er auch der Verkehrsdeputation die Freikarten entziehen würde, damit endlich einmal die Anpassungen gegen diese aufhören. (Zuruf: Hoch abgeben!)

Der Berichterstatter Stadtv. Körner I (Vb.) betont, er habe das Ausschussgutachten ganz gern vertreten, und wendet sich gegen das Wort vom „metallischen Beigeschmack“. Es handle sich nur darum, endlich in der Sache Klarheit zu schaffen. Keinem Mitgliede kann wohl unterzogen werden, daß es sich mit der Freikarte hersehen will. Ich bitte den Antrag des Rell. Herschel anzunehmen.

Stadtv. Heilberg (Vb.) verteidigt nochmals seinen Antrag. Der Antrag Herschel wird mit 38 gegen 17 Stimmen angenommen.

### Bootsbau am Weidendam.

Der Magistrat beantragt, das Bootshaus auf dem Grundstücke Weidendam 18—24 zur Aufnahme von acht weiteren Booten auszubauen und an Mehrkosten im ganzen 13 638 Mk. zu bewilligen. Die Ausschüsse 3 und 5 fassen vor, die Magistratsvorlage mit einigen Abänderungen anzunehmen.

Der Berichterstatter Stadtv. Frankenstein (Vb.) empfiehlt, dem Gutachten der Ausschüsse auf Annahme der Vorlage zuzustimmen. Der zweite Berichterstatter Stadtv. Beck (Vb.) beantragt dasselbe.

Bürgermeister Kremm betont, die Vorlage sei genau geprüft worden; eine Gefahr für die Gesundheit der rudernden Schüler bestehe nicht. Ebenso wenig werde die Sache aufzuheben in Sport und Wettbewerb ausarten.

Stadtv. Wohltauer (Vb.) tritt diesen Ausführungen bei und hebt hervor, am Johannis-Gymnasium werde die Angelegenheit sehr sorgfältig behandelt. Die Warmwasseranlage sei ebenfalls nötig.

Die Magistrats-Vorlage wird mit den von den Ausschüssen beantragten Abänderungen angenommen.

### Bringschickel-Anträge.

Zu den Kosten der Verbreiterung der im Zuge der Schwoitscher Chaußee neu zu erbauenden Brücken über den Schiffabfahranal fordert die Oberstrombauverwaltung einen Beitrag von 17.500 Mk. Die Vorlage soll im Bau-Ausschuß nachgeprüft werden.

Die Besitzer der in der Lorenzstraße gelegenen Kammergarnspinnerei wünschen wegen des Lärms vor ihrem Gebäude Holzpflaster und erklären sich bereit, hierzu 6000 Mark beizusteuern. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Technische Veränderungen auf der Bühne des Stadttheaters, die 1000 Mark Kosten verursachen, wurden ebenfalls genehmigt.

### kleinere Vorlagen.

Die Erwerbung von 3243 Quadratmeter Straßenland an der Helmuthstraße zum Preise von 2 Mark pro Quadratmeter. Stadtv. Finger, als Referent, befragte sich dabei, daß an der Helmuth- und Steinstraße die Stadt keine Straßen anlege, um für die Bebauung zu sorgen. In Städtchen geht es viel schneller. Er habe den Eindruck, als ob geheimnisvolle Kräfte am Stüber sind, um Vorteile für einen bestimmten Stadteil dabei zu erzielen. An der weiteren Debatte beteiligten sich der Oberbürgermeister, Stadtrat Schmidt, Stadtbaurat v. Scholz, die Stadtv. Jätsch, Hamburger I, Kaiser und Mühlbach.

Ohne Debatte werden bewilligt: die Mehrkosten für das Aufstellen eines neuen Kessels für die Heizanlage im Rathaus; die Erneuerung des Stadttheater-Arbeitsraumes nach den Beschlüssen des Ausschusses V; die Annahme eines Geschenkes in Höhe von 10.000 Mark vom Kommerzienrat Gichorn, die Zinsen sollen in jedem Jahre am Geburtstage des Stifters an Breslauer Arme verteilt werden; die Rückzahlung einer verfallenen Kautions in Höhe von 304 Mark; die Mehrkosten für das Zubehörhaus in Kobelnitz in Höhe von 1400 Mark.



### Für oder gegen das Vertreter-System?

Das war die wichtige Frage, die am Donnerstag in der gut besuchten Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau ebenso eingehend wie ruhig und sachlich besprochen wurde. Seit 1912 bestehen die geschäftsführenden Mitglieder-Versammlungen und General-Versammlungen aus gewählten Vertretern, die allein zu beschließen haben. Vor Monaten hat der Distrikt 14 beantragt, das Vertretersystem aufzuheben. In der General-Versammlung am 29. April ist dann beschlossen worden, darüber alle Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden zu lassen, aber vorher den Mitgliedern hinreichend Gelegenheit zu geben, in eine Mitglieder-Versammlung das Für und Wider zu behandeln. Berichterstatter waren gestern die Genossen E. Müller und G. Frey.

#### E. Müller

führte zugunsten des Vertretersystems u. a. folgendes aus: Der heutige Besuch der Versammlung beweist, daß der „Sturm der Entrechteten“ nicht so groß ist, denn sonst würden mehr hier sein, um gegen das Vertreter-System aufzutreten. Das Vertreter-System ist Juli 1912 in Kraft getreten; es wurde nach eingehenden Beratungen beschlossen. Es hätte schon damals Anhänger und Gegner; die Einführung wurde keineswegs übers Ante gebracht. Wir brauchen eine stets schlagfertige Organisation und eine bequeme Handhabung der Geschäfte. Von einem undemokratischen System kann nicht gesprochen werden. Gerade das Vertreter-System wird zu einem Ansporn für die Mitarbeit in der Partei. Die Vertreter greifen tätig ein und sind zur Stelle, wenn sie gerufen werden. Wer unser Zahlabenden kennt, der weiß, daß dort in erster Reihe die Vertreter zur Stelle sind und die Besprechungen anregen. Sie zeigen Teilnahme am inneren Partyleben. Ferner sind die Rechte der Vertreter in den Zahlabenden über die großen Versammlungen ebenfalls sehr ausgedehnt. Im Laufe der zwei Jahre hat sich ja oft genug gezeigt, daß die Vertreter-Versammlungen besser besucht waren, als die allgemeinen Mitglieder-Versammlungen. Wir halten zu verzeichnen, daß selbst in der Zeit der größten Flaute die Vertreter-Versammlungen einen besseren Besuch hatten, als die Mitglieder-Versammlungen. Außerdem kann jeder in die Mitglieder-Versammlungen kommen. Ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl herrscht unter den Vertretern, denn mehr als dreimal darf keiner von ihnen unentschuldig fehlen. Bei der Einreichung ist auch gesagt worden, daß Zufallsmehrheiten durch Mitglieder-Versammlungen eher möglich sind, als in den Vertreter-Versammlungen. Daß jetzt künstliche Mehrheiten geschaffen werden, das glaube ich nicht.

Führen wir uns das alles vor Augen, so wäre es eine Torheit, das Vertreter-System aufzuheben, denn in kurzer Zeit wären wir gezwungen, es wieder einzuführen. Deswegen stimmen Sie am Sonntag für die Aufrechterhaltung dieses Systems. Das liegt im Interesse der Partei. (Zustimmender Beifall.)

#### Der zweite Hauptredner Genosse

#### G. Frey

machte gegen das Vertretersystem u. a. folgendes geltend:

Die letzten Versammlungen haben verschiedene Meinungen gezeitigt, die dafür sprechen, das Vertreter-System aufzuheben. Es muß betont werden, daß persönliche Momente bei dieser Frage gar nicht in Frage kommen. Genosse Müller sagt selbst, daß man bei seiner Einführung auf Zufallsmehrheiten Rücksicht genommen hat. Wenn man also solche Zufallsmehrheiten verhindern wollte, dann müßte man doch logischerweise andere schaffen. Ich glaube aber, es war mehr eine Schwäche der Vereinsleitung, die mit den gegebenen Mitteln nicht mehr auszukommen glaubte. Wenn wirklich Zufallsmehrheiten geschaffen wurden, dann muß doch erst bewiesen werden, daß sie parteischädigend sind, ehe man mit Ausnahmeregelungen gegen sie vorgeht. Wann sind aber je parteischädigende Mehrheiten von „Zufallsmehrheiten“ geschaffen worden? Doch höchstens damals, als man das Vertreter-System schuf.

Ist denn das übrigens ein Fehler, wenn tätige und rührige Genossen für ihre Ansicht agitieren und die Versammlungen füllen? Es steht der anderen Partei doch frei, ebenso zu arbeiten. Heute hat der Vorstand durch die Distriktsführer die Macht, eine künstliche Mehrheit herbeizuführen. Das fördert zweifellos die Flaubheit der Genossen. Wenn Sie uns beweisen, daß unter diesem System das Versammlungsleben besser wurde, dann bekenne ich mich geschlagen. Aber das ist nicht der Fall.

Dieses System führt zur Verletzung des demokratischen Prinzips. Darauf baut sich aber unsere ganze Bewegung auf. Wir sind doch alle organisierte Arbeiter. Sind Sie etwa nicht fähig, ohne Vertreter zu entscheiden? Man soll uns nicht auf die Partei und die Gewerkschaften verweisen. Solange wir in Breslau noch nicht den Umfang angenommen haben, wie die Berliner Organisationen, ist es ein Verbrechen, das Vertreter-System einzuführen. Man komme doch nicht mit dem Einwand, daß unsere Vertreter aus den intelligentesten Genossen gewählt werden. Wenn ein Zahlabend von 17 Mitgliedern 19 Vertreter wählt, dann sagt das alles.

Ich möchte Ihnen ans Herz legen, rein sachlich die Sache zu prüfen. Wir wollen das Vertreter-System durchaus nicht für immer vernichten, sondern nur auf bestimmte Zeit zurückstellen. Wenn wir so stark geworden sind, daß wir es unbedingt brauchen, dann wollen wir selbst es einführen. Jetzt ist die Zeit dafür noch nicht gekommen. (Starker Beifall.)

#### Die Aussprache

war recht lebhaft und anregend.

Beide: Ich bin ein eifriger Anhänger des Vertreter-Systems gewesen. Aber Tatsache ist es, daß in den zwei Jahren, wo es besteht, unter den Mitgliedern die Meinung von der Entrechtung eines großen Teils der Mitglieder nicht zur Ruhe gekommen ist. Anerkennen muß ich auch, daß die Vertreterwahl in den Distrikten große Schwierigkeiten macht. In keiner Weise ist es auch getroffen, daß durch das Vertreter-System ein Zuwachs von arbeitsfähigen Parteigenossen zu verzeichnen ist. Mit der Auswahl derjenigen, die nach dem Statut bei dreimaligem Fehlen in den Vertreter-Versammlungen ihres Amtes enthoben und durch neue ersetzt werden können, hätten wir die denkbar traurigsten Erfahrungen gemacht. Wir hätten in meinem Distrikt heute keine zehn Vertreter mehr. Gegen das Weiterbestehen eines Systems, das so große Schütterung in den Kreisen der Mitglieder hervorgerufen hat, habe ich große Bedenken.

Reaktion: Wir sind vor zwei Jahren durch die nächste Entwicklung zum Vertreter-System gekommen, daß es auf die Dauer nicht möglich ist, einen so großen Verein mit mehr als 10.000 Mitgliedern auf Versammlungen anzuschließen, die vom Zufall d. h. der jeweiligen Tagesbesetzung mehr oder weniger geführt werden. Es war durchaus keine Schwäche der Vereinsleitung, die zum Vertreter-System führte, denn es ist heute bei den Vertretern für den Vorstand zweifellos schwerer zu arbeiten, als früher. Es ist schon jetzt nicht mehr möglich, alle n Mitglieder in den geschäftsführenden Versammlungen die Gelegenheit zum Reden zu geben. Darum ist es gerechter und demokratischer, eine Vertretung der Mitglieder zu schaffen, in deren Hände die Geschäfte des Vereins gelegt werden. Das Vertreter-System ist das Beste, was wir einführen können, und wenn da oder dort ein Genosse verärgert ist, weil er angeblich nicht mehr mitreden kann, so ist das kein Beweis gegen die Güte der Vertretung. In der Stadtverordneten-Versammlung, im Landtage, im Reichstag und auf anderem Parteitag kann auch nicht jeder mitreden und beschließen, und für die Krankenlisten wird vom Gelehrten ein Ausschuss der Mitglieder vorgeschrieben. Man soll auch nicht warten mit dem Vertreter-System. Die parteischädigenden Mehrheiten sind dazu gezwungen, die Mitglieder-Versammlungen so geschäftig zu besetzen, daß ein richtiges Verhandeln unmöglich

ist. Was als gut und nützlich erkannt ist, soll und muß sofort eingeführt werden. Es hat niemand davon gesprochen, daß die große Masse nicht regieren kann, aber in unserem großen Verein ist es eben ausgeschlossen, das Wort eines jeden durch Mitglieder-Versammlungen in die Tagesordnung zu versetzen. Das kann nur durch eine geeignete Vertretung geschehen. Ebenso unangebracht ist es, zu fragen: welcher Unterschied besteht zwischen unserem Vertreter-System und der Dreiklassenwahl? Ein solcher Vergleich ist doch ganz abzulehnen, weil unsere Vertretung von uns selbst beschlossen wurde zum Wohl der Partei. Das Vertreter-System ist darum ferner kein Verbrechen, sondern eine notwendige und nützliche Einrichtung, und es liegt einzig an den Vertretern selbst, wenn es hier und da keine Anerkennung gefunden hat. Das Vertreter-System an sich ist gut und wert, es zu behalten. (Zustimmende Zustimmung.)

Genosse Löbe weicht in diesen Fragen von der Ansicht des Genossen Neutrich ab. Er bemerkt sich als Gegner des Vertreter-Systems, weil in Breslau ein Zwang dazu wegen großen Versammlungsbedarfs noch nicht vorlag. Wichtig sei allerdings, daß manche allgemeine Mitglieder-Versammlungen weniger gut besucht waren als Vertreter-Versammlungen und richtig sei es, daß die allgemeinen Versammlungen das Opfer künstlich zusammengedrängter wechsellösender Mehrheiten sein können, was die regelmäßige Geschäftsführung erschweren. Schwere Schäden sind aber daraus noch nicht entstanden. Dagegen sei nicht abzuleugnen eine Verärgerung vieler Mitglieder, für die Redner Beispiele anführt, ferner empfinden die in den Versammlungen anwesenden Nichtvertreter es als Zurücksetzung, wenn sie nicht mitstimmen dürfen. Die Verfassung des gegen Versammlungsleben aus der allgemeinen Mitglieder-Versammlung in die Zahlabende setzen nicht in dem Maße gelunnen, als man erhofft habe und ein Teil der Vertreter verläumt seine Pflicht. Man könne die Ueberzeugung haben, daß sich unter beiden Systemen gut für die Partei arbeiten läßt, vorläufig geht es aber noch sehr gut unter der gleichen Rechtsverteilung unter alle Mitglieder. Wer am Sonntag für die Abschaffung des Vertreter-Systems ist, muß freilich auch den Vorschlag, sich selbst in Zukunft an den Versammlungen zu beteiligen. Mit dem Dreiklassenwahlrecht kann das Vertreter-System nicht verglichen werden. Dort handelt es sich um verschiedene Klassen, die einander beherrschen wollen, hier um die Frage, wie Gleichgesinnte ihre gemeinsamen Interessen am besten erledigen.

Winkler: Als das Vertreter-System eingeführt wurde, geschah es nicht, um Grundzüge zu verlegen, sondern die Zahlabende zu erleben. Nun hat sich aber herausgestellt, daß dies nicht eintrat, weshalb auch in unserem Distrikt der Antrag kam, das Vertreter-System zu befestigen. Was jetzt ist es noch nicht unbedingt nötig, das Vertreter-System einzuführen.

E. Müller betont in seinem Schlußwort, alle Redner haben gesagt, wir seien noch nicht so weit, das Vertreter-System einzuführen; grundsätzlich hat also niemand etwas dagegen. Es handelt sich hauptsächlich um die Frage, brauchen wir schon jetzt das Vertreter-System? Ich sage nochmals, es wäre eine Torheit, jetzt, wie Gen. Frey sagte, die Kiste auf den Boden zu tragen, um sie nachher wieder herunterzuholen. Da ist es besser, die Unbequemlichkeiten dieses Systems zu beseitigen und es im übrigen zu behalten. Das ist nötig für die Entwicklung unserer Partei am Ort.

Frey (Schlußwort): Neutrich meint, daß in den Verwaltungsorganen auch nicht alle Bürger mitreden können. Nun, da liegt die Notwendigkeit der Vertretung vor, in unserem Verein aber nicht. Wenn wir die Genossen geradezu drängen müssen, Vertreter zu werden, dann von ihnen kein besonderes Pflichtgefühl erwartet werden. Ich könnte Ihnen eine Liste aller und erprobter Genossen vorführen, die durch das Vertreter-System verärtert wurden. Die Zahlabende sind allerdings nicht der Ort, den Genossen Schlagfertigkeit, Redegewandtheit und logisches Denken beizubringen. Dazu eignet sich eine Generalversammlung schon besser. Es ist möglich, daß sich an den Verhandlungen wenig ändert, wenn wir das Vertreter-System abschaffen. Wenn wir aber die Wahl haben, dann müssen wir aus demokratischen Gründen gegen dieses System sein. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir noch nicht reif sind für ein solches System. Kommen Sie also zur Urabstimmung am Sonntag und stimmen Sie gegen das System.

Jum Schluß erinnerte Genosse Schramm an alle polizeilichen Verfolgungen und Bedrückungen der letzten Tage und forderte die Genossen und Genossinnen mit begeisterten Worten auf, durch verdoppelten Eifer und erhöhte Opferfreudigkeit unsere gerechte Sache vorwärts zu bringen. Genosse Majch wies auf die Schädigungen hin, die dem Generalkassier durch das Eingreifen der Polizei beim Sängerfest entstanden sind. Die Parteigenossen mögen auch hier durch unverbrüchliche Treue an ihrem eigenen Heim weiltmachen, was ihm durch Polizeiverbote entgangen ist.

Wir weisen noch darauf hin, daß die Urabstimmung über das Vertreter-System am nächsten Sonntag von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags angesetzt ist. Alle Mitglieder sollen ihr Wahlrecht ausüben.

\* Stadtverordneten-Versammlung. Die Sitzung am nächsten Donnerstag fällt wegen Fronleichnam aus. Dafür tagen am Montag die Ausschüsse 1 und 5, Dienstag der Etat-Ausschuss und Mittwoch der Wohlfahrts-Ausschuss.

\* Volksliedertag. Aus Anlaß des Volksliedertages hat das Orchester des Stadt-Theaters beschlossen, sich in den Dienst der Wohltätigkeit zu stellen und wird am 13. Juni um 12 Uhr mittags auf einem Platz im Innern der Stadt ein Freiluftkonzert geben. Stadtlapellmeister Julius Bräuer hat bereits zugeeigt, dieses Konzert zu dirigieren und wird ein ausserordentliches Programm zusammenstellen, welches in den nächsten Tagen durch die Zeitungen bekannt gegeben wird.

\* Das Stadtkassier hat zu Anfang des Monats Mai einen Bestand von 1149 Pfändern mit 307198 Mark Pfandkapital; der Zugang im Laufe des Monats betrug 2333 Pfänder mit 51214 Mark Pfandkapital, der Abgang 2370 Pfänder mit 52 903 Mark Pfandkapital, so daß am Ende des Monats ein Bestand blieb von 1181 Pfändern mit 308 507 Mark Pfandkapital.

\* Der Simulant Lorek treibt wieder sein Unwesen. Wie erinnerlich, stellte er sich häufig schwer krank, wodurch er stets das Herbeirufen der Sanitätsmannschaften veranlaßte. Wenn diese erschienen, kniff er aus, oder er ließ sich ins Krankenhaus schaffen, dort erkranken, und ging dann seiner Wege, um das ferne Spiel von neuem zu wiederholen. Schließlich wurde er von Polizei wegen in die Anstalt für Nervenkranke auf der Einbaumstraße gebracht. Von dort entlassen, beginnt er den Unfug von neuem. Am Donnerstag nachmittags 8 1/2 Uhr lag er wieder auf dem Ertegaureplatz, Ecke Beckmühlstraße. Die Samariter der Feuerwehr schafften ihn von dort sofort auf die Einbaumstraße.

\* Nach Scherz in den Tod. Am Donnerstag nachmittags besand sich der 20-jährige Arbeiter Paul Böhm in der Wohnung seiner zukünftigen Schwiegereltern zum Besuch seiner Braut. Bei der scherzhaften Unterhaltung mit ihr, verfiel der junge Mann auf den wunderlichen Gedanken, seiner Braut zu zeigen, wie es beim Aufhängen hergeht. Er nahm einen Strich, legte ihn über die Türschwelle und ließ selber die Schlinge um den Hals. Ein unglücklicher Zufall fügte es, daß die Schlinge sich zuzog und der junge Mann in die Gefahr kam, wirklich erstickt zu werden. Die Braut, aufs äußerste erschreckt, ließ hinaus um Hilfe zu holen. Als sie aber damit zurückkehrte, war ihr Bräutigam bereits tot, und der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

\* Beim Fußballspiel verunglückt ist am 3. Juni ein dreizehnjähriger Schüler. Er war im Seitenpart mit mehreren Kameraden beim Spiel beschäftigt, als er, stürzte und erlitt eine Verletzung am rechten Knie. Sanitätsrat der Feuerwehr schafften den Knaben ins Allerheiligen-Hospital.

\* Selbstmord aus Not. Einen Selbstmordversuch verübte ein 26-jähriger Kaufmann im Hause Kronprinzstraße 38, indem er sich mit einem Revolver in den Mund. Stellungslage soll der Grund zur Verzweiflung sein.

\* Vermittelt wird seit dem 2. Juni der 40 Jahre Straßenbahnkassierer Heinrich Funtke, Neuborfstraße 63. Vermittelt ist etwa 1,86 Meter groß, hat dunkles Haar, braune Augen, dunklen Schnurbart, und trägt dunkelblauen Ueberzieher mit grauem Ärmel, schwarze Schnürschuhe und schwarzen Hosen.

\* Von der Treibe geküßt ist am Mittwoch nachmittags Frau im Hause Universitätsplatz 18. Sie blieb bewusstlos liegen und mußte von Samaritern der Feuerwehr in die Krankenkassette auf der Einbaumstraße überführt werden.

\* Vergiftung. In der Wohnung seiner Mutter, Wollstraße 18, wurde am Mittwochabend ein Schmeichelebrüder vergiftet aufgefunden. Samariter der Feuerwehr schafften ihn ins Mangel-Pand-Krankenhaus, wo der junge Mann am Donnerstag vormittag noch nicht vernehmungsfähig war. Der Nacht zum Freitag hat sich ein Tischler im Hause Matthienplatz 17 vergiftet verführt. Der 38 Jahre alte Mann verheiratet und Familienvater ist, wurde sofort von einem Arzt behandelt, der ihm den Magen auspumpte, worauf Samariter der Feuerwehr den Vergifteten ins Allerheiligen-Hospital überführten.

\* 1800 Mark unterschlagen. Ein Expedient, der bei einem hiesigen Expedienten seit längerer Zeit in Stellung war, hat sein Arbeitsgehalt nach und nach 1800 Mark unterschlagen. Die Unterschlagungen sind dieser Tage aufgedeckt und der ungetreue Expedient ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

\* Ein Mordmord. In den Anlagen auf dem Außerplan wurde ein Mann beobachtet, der dort große Mengen Blüten von blühenden Sträuchern entwendete. Er wurde auf die Laurentiusstraße, wo er seine Wohnung hat, verfolgt und festgenommen.

## Schlesien und Posen.

Dhau, 5. Juni. Achtung, Parteigenossen! Die Wahl für die Delegation zum internationalen Kongress findet am Sonntag, den 7. Juni, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Die Genossin und Genossen, die Steinbäum Schloßleib, Schloßplatz und Baumgarten wohnen, wählen Lokale der Frau Schmeißer, Steinbäum. Alle anderen Lokale der Frau Jäkel, Wollstraße. Es ist dringend notwendig, daß sich alle Mitglieder des Wahlvereins an der Wahl beteiligen.

Woborn, Kreis Brieg, 5. Juni. Achtung! Am Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Grundstück der Genossen Gottlieb Wichter eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Redner ist Genosse E. Müller. Breslau. Genossen sorgt für guten Besuch.

Guhrau, 5. Juni. Das Bürgerrechtsgeld wird bei behalten. So haben bekanntlich Magistrat und Stadtvorstand entgegen einer Petition um Aufhebung der diesbezüglichen Gemeindecodeschlüsse entschieden. In besonderem Schreiben ist dies unseren Genossen Friedrich kurz eröffnet worden. Die Ungerechtigkeit dieses Anhängels der Städteordnung, die den Gemeinden die Anwendung derselben überläßt, hat die Mehrheit der städtischen Körperschaften mit einzigenhin verurteilt. Man erhebt zwar von den Bürgern Steuern über Steuern — 200% Zuschläge sind doch kein Pöppelgeld — aber die Ausübung des eigenen Rechtes in der Gemeinde, die Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen, muß erst noch durch einen besonderen Erlass erlaubt werden. Von sämtlichen schlesischen Städten dürfte kaum noch ein auf den bezahlten Bürgerrecht Anspruch erheben. Da darf natürlich Guhrau nicht fehlen, dessen Verwaltung die neuerliche Erhöhung der Zuschläge um fünfzig Prozent notwendig machte. Zudem es fraglich ist, ob damit auszukommen sein wird, nachdem bereits die Etatskommission in Woborn auf dessen Verlangen höhere Zuschläge empfohlen hatte, um endlich einmal aus dem Dales herauszukommen. Durch die Anwärter zu „ganzem Bürgern“ wird hoffentlich die Beteiligung der Arbeiter an den nächstjährigen Stadtverordnetenwahlen ein anderes Bild erfahren, umso mehr, als bisher kaum 25—30 Prozent der Bürgerchaft daran teilnahmen. Daß sich aber für die Befreiung und Aufhebung dieser ungerechten Wahlrechtssteuer, die über die Hälfte aller Bürger von der Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen künstlich ausschloß, nur ganze drei Stadtväter aufschwängen vermochten, beweist die Stillschichtigkeit und „Liberalität“ jener Kreise, die nur dem Geldsack Rechte verleihen, den minderen Bemittelten aber nur Pflichten auferlegen will.

Guhrau, 2. Juni. Das Bahnpersonalprojekt Bissa Guhrau-Röben-Krehlau wird durch die Kaufmann Leuz & Co. demnachst in Angriff genommen werden, nachdem die ministerielle Genehmigung erfolgt und die staatliche Beteiligung an der Finanzierung zugesichert ist.

Gleiwitz, 6. Juni. Der Schnapsteufel. Der Gelegenheitsarbeiter Michael Szuka aus Richtersdorf hatte, als ihm seine Frau kein Geld für Schnaps geben wollte, eine Quantität Brennpuritus getrunken. Die Folge davon war, daß Szuka in kurzer Zeit verstarb.

Markowitz, 6. Juni. Verbrechen und Tod. Auf großartige Weise ist in Salupkt bei Markowitz die in den 60er Jahren stehende Bergmannsrau Paroschel ums Leben gekommen. Die Frau begab sich mit einer brennenden Bergmannsklaterne in den Stall. Die Laterne muß ihr wohl aus der Hand gefallen sein oder sie kam mit derselben dem Stroh zu nahe, denn plötzlich fing das Stroh Feuer. Beim Löschen grieten die Kleider der Frau in Brand. Emer brennenden Feuerstühle gleich lief sie in die Wohnung, wo das Feuer an ihrem Körper von ihren Angehörigen erstickt wurde. Die Verletzungen, die die Frau davontrug, waren derartig schwer, daß sie auf der Fahrt nach Rybnik, wohin man sie in ärztliche Behandlung schaffen wollte, unter größtenteils Qualen gestorben ist.

Woborn, 5. Juni. Schwere Erbenunfall. Auf der Karlsgrube verunglückten zwei Pauer beim Pfeilerabbau zu Tode.

Woborn, 5. Juni. Verhaftung einer Amerikanerin. Eine Amerikanerin, die hiesige Polizei hat in einer Gastwirtschaft einen Mädchenhändler und seine Frau verhaftet. Das Ehepaar war ein paar Stunden vorher aus Buenos Aires mit großem Gepäck hier eingetroffen und hatte in einer kleinen Wirtschaft Wohnung genommen, um sich in einiger Zeit nach Russland zu begeben. Die Verhafteten nannten sich Kaufmann Wolf Beckowitz und Frau Sure (Sarah) Beckowitz. Der Polizei fiel das eigentümliche Verhalten und das elegante Auftreten des Ehepaares auf dem Bahnhof auf. Die Eheleute wurden unbemerkt beobachtet, und als sie mit ihrem Gepäck nach einer kleinen Wirtschaft für Rufen fuhrten, erfolgte die Verhaftung des Ehepaares, da die Polizei Verdacht hegte, daß es sich um Mädchenhändler handelte. Bei der Verhaftung gab das Ehepaar an, in Russland nach jüdischem Ritus getraut worden zu sein. Das Verbrechenalbum der hiesigen Polizei weist auch die Wüder einiger der bekanntesten Mädchenhändler aus Südamerika auf. Es wurde von der Polizei festgestellt, daß der angegebene Wolf Beckowitz identisch ist mit dem bekannten Mädchenhändler Ignaz Bewitz in Buenos Aires. Es wurde weiter festgestellt, daß Ignaz Bewitz vor kurzem aus Buenos Aires geflohen ist, offenbar, weil er auch dort von der Polizei verhaftet wurde. Es scheint ferner festzustellen, daß Bewitz noch eine zweite Frau in Buenos Aires hat. Die eine seiner Frauen eröffnete vor einiger Zeit in Buenos Aires ein öffentliches Haus, in dem Bewitz als Wirt und seine zweite Frau als „Gouvernante“, das heißt, als Aufpasserin der gewaltigsten zurückgebliebenen Mädchen fungierte. Auch die zweite Frau Bewitz ist der Polizei als internationale Mädchenhändlerin schon seit längerer Zeit bekannt. Bewitz hatte circa 6000 Rubel russischen Geldes bei sich.



**Vereine und Versammlungen.**  
Der nächste Jahrtags. Die monatlichen Bezirksversammlungen sind Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, in den bekannten Bezirkslokale. In jeder dieser Versammlungen werden belehrende Vorträge gehalten, auch wird die Wahl der Vertreter vorgenommen, wenn die Urabstimmung am 7. Juni den Fortbestand des Vertretersystems ergibt. Diese Bezirksversammlungen sind äußerst wichtig, weshalb das Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig ist.  
Mitglieder des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“.  
Dienstag abend im Gewerkschaftshaus wird die ordentliche Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ abgehalten.

auffragenden Betonpfeilen gebildete Terrasse wird weit über 2000 Personen eine reizvolle, prächtige Uebersicht über die ganze Rennbahn gewähren, jedoch diese Plätze sehr bald zu den begehrtesten der Rennbahnanlage zählen werden. Die Terrasse hat in der Nähe der Motorenabfahrtrampe auch einen eigenen Restaurationsbetrieb erhalten. Das heutige Training vom großen Oberpreis wird ab 5 Uhr nachmittags Stellbrink, Linart, Thomas und Wiquel wiederum bei klarer Arbeit sehen.  
**Vittoria-Theater.** Das Gastspiel des Trianon-Ensembles nimmt einen sehr interessanten Verlauf. Die Vorstellungen sind nahezu ausverkauft. Man ist eifrig bemüht, den sensationellen Erfolg mit dem nächsten Wochenrepertoire noch zu überbieten. Am Montag, den 8. Juni, findet wiederum eine Premiere statt, in welcher die Schwänke „Das Bett Napoleons“, „Der Teufelskuh“, „Wälstenmoral“ und „Ab, da stamm ich“, zur Erkaufsführung gelangen werden.

Kur in einem verhängnisvollen Fall: er heiratete eine ebenbürtige Bekannte. Doch war er seiner eifrig bemüht, den Schaden wieder gut zu machen, indem er nach Krassen Kinder in die Welt setzte und diese der allseitigmachenden katholisch-episcopalen Kirche aufgab. Solange der alte Pfarrer im Dorfe amtierte, ging das auch ganz gut. Der Herr der Kinder sein zu sich kommen und taufte sie, ohne nach ihrer Herkunft aus einer „verbotenen“ Ehe zu fragen. Ein christliches Herz sagte ihm, daß man die Kinder der sündigen Eltern wegen nicht strafen dürfe, sondern sie auf alle Fälle rein waschen müsse von der Erbsünde. Auf das bishige Weihwasser kommt es doch wahrhaftig nicht an. Also trat der Gastwirt die Kinder zum Pfarrer und dieser taufte sie unbedenklich.  
Nur am ersten Pfingstfesttage trat der Mann wieder den Weg zur Kirche an, einen neuen Weibbürger auf den Armen, der nach Entlassung von der Erbsünde war. Die erstere trat aber, als ihm der neue Pfarrer im heiligen Eifer entgegen trat und vom Taufbeden wies, weil der Spießling einer so unheiligen Ehe nicht berufen sei, bereit in den katholischen Himmel zu kommen.  
Da wunderte sich der Gastwirt vom Taufbeden, verließ die Kirche und wanderte nach Schmolz zur evangelischen Kirche. Und der Pastor dort war nicht so engherzig, wie sein Kollege von der römischen Firma. Er rückerle den Tropfen Wasser und taufte den kleinen Keiden. Der weiß jetzt wenigstens, wo er daran ist und für welchen Himmel sein Freibleib giltig ist.

**Theater, Konzerte und Vergnügungen.**  
Die neue Osterrasse auf der Madrenbahn Schneise ist freitag abend worden und wird am Sonntag gelegentlich der Austragung des „Großen Oberpreises“ erstmalig in Benutzung genommen werden können. Die aus drei riesigen

**Aus Brechtan (Land)-Neumarkt.**  
Die liebe Konkurrenz.  
Der Gastwirt König in Maltitz ist sonst ein guter Katholik, der den Geboten seiner Religion streng nachkommt.

Das ist gut für den kleinen Burschen. Ob aber der Herr Pfarrer mit seinem Glaubensbekenntnis wirklich das Rechte traf? Einen Sünden, der ja doch schon längst Ruhe tat, wollte er noch überflüssigerweise strafen, und siehe da, ein neuer Reher erstand daraus. Aber die eckeligen Missetäter, die streckenlos auf Erden, braucht Reue, wenn sie liegen will. Wo sollen die herkommen, wenn man bei der Milderung so streng verfährt!

# Alles erreicht man

lange Haltbarkeit des Leinens  
blendend weißes Aussehen des Leinens  
enorm. Zellereparatur beim Waschen d. Leinens

durch Anwendung des in 20 Jahren erprobten, alleinigen

## Minlos'schen Waschpulvers

Nur echt mit dieser Schutzmarke!



Zu haben in Drogerien, Kolonialwaren-, Apotheker- und Selbstgeschäften, en gros von der Fabrik:

### L. Minlos & Co., Cöln-Ehrenfeld.

**Gingefandt.**  
Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Meineren Zuschriften aus unserm Leserkreise, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen.  
(Redaktion der „Volkswehr“.)

**Die geschlossenen Lesehallen.** Wer am ersten oder am zweiten Pfingstfesttage eine der hiesigen städtischen Lesehallen besuchen wollte, dem starre ein Schild mit der Aufschrift entgegen: „In den beiden Pfingstfesttagen geschlossen.“ Da die Lesehallen auch Sonntag zur Verfügung offen gehalten werden, ist nicht gut einzuweichen, warum an den Pfingst-, Oster- und Weihnachtsfesttagen diese öffentlichen Bildungsanstalten der Allgemeinheit verschlossen bleiben. Nicht jeder Mensch ist in der glücklichen Lage, zu den Feiertagen einen Ausflug ins Gebirge zu machen oder sich andere Vergnügungen zu leisten. So mancher arme Teufel, der schon seit Monaten ohne Beschäftigung herumlungert, ist froh, wenn er am Feiertage eine Lesehalle aufsuchen kann, um sich einige Stunden zu unterhalten und weiterzubilden. Das läßt ihn sein Geld auf ein Weilschen vergessen. Sind die Lesehallen geschlossen, dann bleibt nichts weiter übrig, als in seinen vier Wänden zu bleiben, vorausgesetzt daß er überhaupt ein solches Heim hat, oder in den Straßen umherzustreifen, wo er den festlich gepulsten Menschen begegnet, die für seine Not meistens herzlich wenig Teilnahme bekunden. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Lesehallen wenigstens am zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfesttage geöffnet blieben und zwar mit denselben Einschränkungen wie an den Sonntagen. Die Lesungen sind an den Feiertagen inhaltlich befriedigend, reichhaltig ausgestaltet als sonst. Die Besucher der Lesehallen bekommen von den Feiertagsausgaben der vielen ausliegenden Zeitungen nichts zu sehen. Es ist das ein Zustand, mit dem unbillig gebrochen werden sollte. Es sei erwähnt, daß das vom Pumboldverein unterhaltene Volkshaus in der Understenstraße an keinem einzigen Feiertage geschlossen wird, sondern von früh bis abends offensteht. Was sich hier durchführen läßt, dürfte wohl auch für die städtischen Lesehallen kein Ding der Unmöglichkeit sein. Eine Veränderung in diesem Sinne würden viele Besucher der Lesehallen ohne Frage dankbar begrüßen.  
Ein Lesebesucher.

#### 4. Preussisch-Händelische (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 22.ziehungstag 4. Juni 1914 Vormittag

*(Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen A u. B.)*

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr A. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

187 558 68 473 648 88 70 28 46 73 644 (3000) 74 901 1039 67 571 639 746 813 935 63 69 (600) 54 2134 55 93 (3000) 220 239 (600) 817 94 649 845 712 87 016 3039 63 203 971 610 30 807 749 68 829 31 (1000) 36 62 4051 77 221 354 487 86 572 84 884 976 5287 336 476 64 607 853 87 83 642 6439 636 99 627 725 915 7126 876 96 659 (600) 848 903 8043 68 123 49 (1000) 900 403 807 (600) 22 648 97 839 71 9084 289 459 623 638 (600) 738 800 22 74 96 963 (800)
--

#### 4. Preussisch-Händelische (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 22.ziehungstag 4. Juni 1914 Vormittag

*(Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen A u. B.)*

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr A. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

110138 89 274 02 408 112126 372 423 77 581 620 78 (3000) 112042 279 440 023 (600) 90 701 811 (600) 87 905 87 89 113018 189 260 86 70 412 693 (600) 785 96 (600) 820 48 96 915 76 114127 377 407 46 49 089 118012 19 64 253 98 (600) 332 60 89 648 718 20 811 900 (600) 118123 63 (1000) 274 530 616 787 809 83 916 87 94 117007 95 212 364 474 (2300) 617 966 118068 497 805 19 40 505 828 990 110055 95 312 60 446 517 (6000) 29 61 628 704
---

### Germinal

Wir empfehlen

Sozialer Roman von Emile Zola.

Packende Schilderungen aus dem Bergarbeiterleben.

Preis nur 1.- Mk.

Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolporteurs.

#### 4. Preussisch-Händelische (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 22.ziehungstag 4. Juni 1914 Nachmittag

*(Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen A u. B.)*

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr A. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

110138 89 274 02 408 112126 372 423 77 581 620 78 (3000) 112042 279 440 023 (600) 90 701 811 (600) 87 905 87 89 113018 189 260 86 70 412 693 (600) 785 96 (600) 820 48 96 915 76 114127 377 407 46 49 089 118012 19 64 253 98 (600) 332 60 89 648 718 20 811 900 (600) 118123 63 (1000) 274 530 616 787 809 83 916 87 94 117007 95 212 364 474 (2300) 617 966 118068 497 805 19 40 505 828 990 110055 95 312 60 446 517 (6000) 29 61 628 704
---

#### 4. Preussisch-Händelische (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 22.ziehungstag 4. Juni 1914 Nachmittag

*(Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen A u. B.)*

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr A. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

110138 89 274 02 408 112126 372 423 77 581 620 78 (3000) 112042 279 440 023 (600) 90 701 811 (600) 87 905 87 89 113018 189 260 86 70 412 693 (600) 785 96 (600) 820 48 96 915 76 114127 377 407 46 49 089 118012 19 64 253 98 (600) 332 60 89 648 718 20 811 900 (600) 118123 63 (1000) 274 530 616 787 809 83 916 87 94 117007 95 212 364 474 (2300) 617 966 118068 497 805 19 40 505 828 990 110055 95 312 60 446 517 (6000) 29 61 628 704
---











### Können die öffentlichen rechtlichen Versicherungsanstalten verklagt werden?

Diese Frage ist bei dem Prozeß der Volksfürsorge gegen den Vorstand der ostpreussischen Provinzialanstalt, Rapp, dadurch wichtig geworden, daß zuerst Rapp, dann der preussische Landwirtschaftsminister unter Berufung auf eine Kabinettsordre vom Jahre 1831 den Kompetenzkonflikt erhob, worauf das Landgericht Königsberg das Verfahren einstellte. Die Angelegenheit schwebt noch, weil die Volksfürsorge eine Entscheidung des preussischen Kammergerichts herbeizuführen versucht.

Nunmehr ist aber diese Frage schon anderweitig entschieden und zwar in dem Sinne, daß das Kneifen Rapps abgelehnt wird. Die Rothenburger Versicherungsanstalt in Görtzig hatte vor dem Landgericht in Breslau vor kurzem gegen die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt auf Unterlassung bestimmter Behauptungen geklagt. Die Klage machte nach Rappschem Muster geltend, daß sie . . . gemäß ihrer Verfassung und Verwaltung eine rechtlich-öffentliche Anstalt sei, und daß alle Handlungen ihrer Beamten, soweit sie sich im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Tätigkeit halten und zum Betriebe selbst notwendig seien, als öffentlich-rechtliche Handlungen anzusehen seien und der Beurteilung durch Zivilgerichte nicht unterliegen. Danach wäre hier nicht der Rechtsweg zu beschreiten, sondern es müßte die Anrufung der übergeordneten Instanz als Aufsichtsbehörde erfolgen. Dies sei der Minister des Innern, der also auf eine Beschwerde zu entscheiden hätte.

Die Rothenburger entgegnete darauf, daß dieser Standpunkt gegenüber der gewerblichen Art des Betriebes aller Versicherungsgesellschaften, also auch der öffentlich-rechtlichen, nicht haltbar sei und daß die Beurteilung derartiger gewerblicher Rechtsbeziehungen immer Sache der Zivilgerichte wäre. Die erste Kammer für Handelsachen des Breslauer Landgerichts ordnete zunächst die gesonderte Verhandlung und Entscheidung über die prozeßhindernde Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges an und erklärte in einer späteren Verhandlung den Rechtsweg für zulässig. Das Gericht stützte seine Entscheidung speziell auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 29. April 1913, worin bei einer ähnlichen Streitfrage des Reichspostfiskus das Reichsgericht erklärt hatte, daß solche Handlungen der Beteiligung an dem allgemeinen Erwerbsleben nach privatrechtlichen Grundsätzen zu beurteilen seien.

Diese Gerichtsentcheidung entspricht auch dem Standpunkte, den der Unterstaatssekretär v. Delbrück im Reichstag einnahm. Da die schlesische öffentlich-rechtliche Anstalt Berufung eingelegt hat, wird nun auch das Oberlandesgericht Breslau zu entscheiden haben.

### Die Link-Bojmann-Werke vor dem Gewerbegericht.

Vor der Auslieferung wurde einem Tischler die Fertigung von sechs Tischplatten zum Akkordpreise von 47 Mk. pro Stück, zusammen 282 Mk., übertragen. Nach kurzer Zeit erfolgte die Auslieferung, wobei der Tischler mit ausbezahlt wurde. Er konnte somit die ihm übertragenen Arbeit nicht fertigstellen. Diese wurde alsdann dem Arbeitswilligen Kornmeyer übertragen. Nachdem dieser jetzt entlassen worden ist, klagt er gegen die Firma auf Zahlung einer Entschädigung bezw. Restschuld von 120 Mark mit der Behauptung, er habe den Akkord nicht vollständig ausführen können, weil keine Zeichnungen vorhanden waren; hätte er die Arbeit vollenden können, dann hätte er noch 120 Mark verdient, den Verlust wolle er nicht tragen.

Der Vertreter der Firma, ein Werkmeister, führte aus, der Kläger hätte höchstens noch 27 Mark zu verlangen. Der erste Gelelle habe auf den Akkord 107 Mark erhalten, der Kläger 69 Mark, zusammen 176 Mark; zu zahlen wären also nur noch 106 Mk. Da die Arbeit nicht fertiggestellt ist, müssen auf den Akkord noch etwa 83 Mark verwandt werden, es bleiben dann noch 43 Mark übrig. Soviel betrage der Akkordüberschuß, an dem der ausbezahlte Gelelle zu einem Teil mit beteiligt sei. Für den Akkord blieben noch etwa 27 Mark übrig; damit, meinte der Vertreter, könnte der Kläger zufrieden sein, denn das Geld sei so gut wie gekehrt, er brauche doch dafür keine Arbeit zu leisten. Kornmeyer war nicht zufrieden, der Ausbezahlte aber ihn nichts an, er sei an der Ausführung des Akkords gehindert worden, folglich habe er den ganzen schwebenden Betrag zu bekommen. Die Beschläge seien jetzt noch nicht da. Der Vorsitzende riet zu einem Vergleich. Der Kläger erhielt als Abfindung 80 Mark.

Es scheinen schöne Zustände in der Fabrik zu herrschen.

\* Der 38. Verbandstag schlesischer Tierärzte wird am 6. und 7. Juni in Jauer abgehalten. Der Verband zählt 40 Vereine mit 8147 Mitgliedern. Die schlesische Tierärzt-

stellung erscheint in 8000 Stück. Neue Vereine wurden gegründet in Gleschitz, Landeck und Schweidnitz.

\* Von Breslau nach Wien. Oberleutnant Tempel und Oberleutnant Schilling, die am Donnerstag früh gegen 8 Uhr auf dem Gaudener Flugplatz mit einem Militär-Doppeldecker aufstiegen, landeten in Wien um 11 1/2 Uhr mittags. Die Flieger hatten die Strecke ohne Pause in 8 Stunden 40 Minuten zurückgelegt.

\* Die gestörte Emdenpredigt. Ein Schiffer war eines abends in ein Versammlungslokal der Heilsarmee hineingeraten. Was er dort zu sehen und zu hören bekam, reizte stark seine Launen. Als gar die Versammlungsleiterin in ihrer Aufpredigt auf ihn mit dem Finger deutete und dazu sagte: „Du bist ein Emdener!“, da erhob sich der Schiffer und fragte die fromme Dame, ob er ihr etwas schuldig sei. Mit dieser Frage erzielte der Schiffer jedoch nur, daß man ihn hinauswies, nachdem man zuvor seine Personalien festgestellt hatte. In der Folge wurde gegen den unbesüßlichen Menschen ein hochnotpeinliches Strafverfahren wegen Störung einer gottesdienstlichen Handlung eingeleitet. Die dritte hiesige Strafkammer läßt jetzt diese Missetat mit drei Tagen Gefängnis.

\* Schwere Unfall beim Militär. Am Dienstag ist ein Rekrut des Artillerie-Regiments im Bürgerwerder von einem Wege herausgeschlagen worden, daß das linke Auge herausgeschlagen werden mußte. Das ist in kurzer Zeit der dritte Unfall, den das Pferd verursacht hat. Es wäre deshalb wohl angebracht, dieses Pferd aus dem Dienste zu entfernen, ehe noch größerer Unheil angerichtet wird.

## Schlesien und Posen.

### Die konservative Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Ueber den Zentralfonds der konservativen Partei in Schlesien erzählt die „Freisinnige Zeitung“ einige interessante Einzelheiten aus einer Bekanntmachung des Breslauer Amtsgerichts vom 25. Mai 1914. Die amtliche Notiz lautet:

In unser Handelsregister Nr. 8 ist unter Nr. 618 die Vermögensverwaltung des Deutschkonservativen Vereins für die Provinz Schlesien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Breslau, heute eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. April 1914 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Verwaltung des dem Deutschkonservativen Verein für die Provinz Schlesien gehörigen Zentralfonds zu treuen Händen. Stammkapital: 24.000 Mark. Die Gesellschafter, nämlich Landrat a. D. Graf Leopold Harrach in Groß-Segeviß, Rätekommissar Graf Ernst Julius von Seibitz-Sandbrecht in Odersdorf, Geheimrat Regierungsrat Paul Grünher in Breslau, Mittergutsbesitzer Curt von Kessel in Ober-Glanitz, Rittergutsbesitzer Eduard Strader von Schwarzenfeld in Groß-Sirbing, Oberst a. D. Georg Freiherr von Czetzky und Neuhaus in Kolbnitz, Landesältester Theodor von Priesa und Wilkau in Neppoline und Generalmajor a. D. Hans von Carlowitz in Hirschberg, haben ihre Stammeinlagen von je 3000 Mark durch Einbringen von 4proz. schlesischen Pfandbriefen je zum Nennwerte der Stammeinlage geleistet. Geschäftsführer: Graf Leopold Harrach, Landrat a. D., Groß-Segeviß; Graf Ernst Julius von Seibitz-Sandbrecht, Rätekommissar, Odersdorf; Paul Grünher, Geheimrat Regierungsrat und Generallandchafts-Syndikus, Breslau. Je zwei Geschäftsführer zusammen sind zur Vertretung befugt. Dessehalbige Bestimmungen der Gesellschaft erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“.

Danach haben zu dem 24.000 Mark betragenden Stammkapital 8 Gesellschafter zu gleichen Teilen beigetragen. Entsprechend dem Charakter der konservativen Partei als einer agrarischen Jungerpartei sind die Gesellschafter sämtlich adlig und Großgrundbesitzer, mit der einzigen Ausnahme des Geheimrats Grünher in Breslau. Aber dieser steht als Generallandchafts-Syndikus den Agrariern ganz nahe. Vermutlich wollte man in Herrn Grünher jemand unter sich haben, der etwas von den Geschäften versteht; darum auch ist er neben den beiden Grafen als Geschäftsführer bestimmt worden. Natürlich stellen diese 24.000 Mark bei weitem nicht den ganzen Zentralfonds der schlesischen Konservativen dar. Dieses Stammkapital bildet vielmehr nur einen verschwindend geringen Teil des Gesamtvermögens, das, wie gerücheltweise verlautet, jetzt bereits auf etwa 800.000 Mark gebracht sein soll. Wir wollen uns für diese Summe nicht verbürgen, aber so viel ist sicher: die schlesischen Magnaten, wie auch sonst die Junker, lassen sich ihr politisches Glaubensbekenntnis etwas kosten. Allerdings wissen sie ja auch, daß das in die Partei hineingesteckte Geld sich in Gestalt von Schutzgütern und anderen Liebesgaben reichlich verzinst.

Hirschberg, 5. Juni. Titel-Advancement. Der Kaiser hat dem ersten Bürgermeisterpartung den Titel „Oberbürgermeister“ verliehen.

Hirschberg, 5. Juni. Passagierfahrten eines Zeppelins ins Riesengebirge. Nach einer dem „Voten“ zugegangenen Meldung des „Liegnitzer Tageblatts“ beabsichtigt die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie, im September, wenn das in Liegnitz stationierte Militär-Luftschiff zum Kaisermanöver abwesend ist, ein ihr gehöriges Zeppelin-Luftschiff nach Liegnitz

den Oberleutnant a. D. Theobald Brumm-Seldeneck und Genossen. Der Hauptangeklagte Brumm-Seldeneck, der bekanntlich während des Prozesses flüchtig geworden ist, wurde wegen wissenschaftlichen Meinrubs zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust sowie der Studateur Hans Weide wegen sabträftigen Falschgeldes zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der dritte Angeklagte, Architekt Adolf Klementa, wurde freigesprochen.

Verhaftung und Selbstmord eines Wandstraubanters. In Bord des Fährschiffes „Preußen“ hat sich eine aufregende Szene abgespielt. Bei der Landung in Trelleborg wurde der 31 Jahre alte Kopenhagener Wandstraubant Mithelsen, der vor längerer Zeit der Dänischen Bank in Kopenhagen 44000 Kronen unterschlagen hatte, von zwei Kriminalbeamten verhaftet. Als er an Land geführt werden sollte, zog er einen Revolver aus der Tasche und brachte sich zwei Schüsse in den Kopf bei. Er brach tot zusammen. Man fand in seinen Taschen noch zwei Scheck auf je 2000 Kronen und reichliches Bargeld. Die von der Dänischen Bank auf die Ergreifung des Straubanters ausgelegte Belohnung von 1000 Kronen dürfte an den Kapitän Lund und die beiden Schiffs-offiziere Witte und Lorenz des Fährschiffes „Preußen“ ausbezahlt werden, die Michelsen auf Grund des hinter ihm erlassenen Steckbriefes der Kopenhagener Staatsanwaltschaft erkannten, als er in Sagnitz das Fährschiff betrat. Durch Funkpruch wurde die Kriminalpolizei in Trelleborg verständigt, die zwei Kriminalbeamte an die Landungsstelle entsandte, um den Wandstraubanter in Empfang zu nehmen.

Wahnsinnstakt einer Mutter. In der Gemeinde Altenbochum hat die Frau des Bergmanns Krobowski ihren einjährigen Sohn erdrosselt und darauf ihrem eigenen Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Es handelt sich allem Anschein nach um die Tat einer Geisteskranken.

Schwerer Eisenbahnunfall in Ungarn. Ein aus Süns ankommender Personenzug fuhr in der Station Szekesbacz infolge falscher Weichenstellung in einen Schotterzug hinein. Hierbei wurden zwanzig Personen mehr oder minder schwer verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend.

Der Mitherrn erschossen. Baron Roff, der Besitzer des Rittergutes Dödeln in Posen, wurde bei der Verfolgung von Wildhunden durch Schüsse tödlich verwundet und starb bald darauf.

zu landen und mit Bleistift kann Passagierfahrten, vornehmlich nach dem Riesengebirge auszuführen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Passagierfahrten zwei Wochen lang ausgesetzt werden.

Schweidnitz, 5. Juni. Eine Gebirgsbaude unter dem Hammer. Die im Riesengebirge in idyllischer Lage errichtete Grenzbaude, die besonders von Wäskewallersdorf aus bequem zu erreichen ist, geriet unter den Hammer. Bei der Versteigerung wurde diese vom Rentler Krehl in Gottesberg für 31 500 Mk. erstanden.

Wittgenborf, 5. Juni. Eine Spur des Mörders. Eine neue Spur des Mörders des ermordeten Conrad aus Liegnitz will man hier aufgedeckt haben. Einem Kellenden aus Liegnitz wurde vorige Woche von einem hiesigen Einwohner im Gespräch eine Photographie gezeigt, die jener sofort als die des gesuchten Mörders erkannte. Da auch sonst alles mit dem Mörder übereinstimmte, nahm der Kellende die Photographie mit und brachte sie auf die Polizei, die nun eifrig nach dem Aufenthalt des Mörders forscht. Es handelt sich um einen Elektromonteur, der hier am Ort voriges Jahr die letzten Anlagen mitgemacht hat und dann von hier aus in die Waldenburger Gegend gereist ist, wo der Mord stattgefunden hat. Die ganze Sache bekräftigt sich noch dadurch, daß der Betreffende schon lange Zeit vor dem Verbrechen nichts mehr hat von sich hören lassen, da er bei seinem Logierort noch große Wertgegenstände hinterlassen hat, die er sich später hat wollen nachsenden lassen. — So wird dem „Hannauer Stadtblatt“ gemeldet, doch erscheint uns die Sache ziemlich unklar.

Posen, 5. Juni. Mord und Selbstmord. Eine schwere Missetat ist, wie erst jetzt bekannt wird, am 2. Pfingstfeiertage in Gleschen, Kreis Posen-West, verübt worden. Die bei den Straßenarbeiten in der Nähe von Gurten beschäftigten Anfang 60er Jahre alten Kutscher Jakubel und Kirmbauer lebten wegen geringfügiger Zwistigkeiten schon längere Zeit in bitterster Feindschaft. Nachdem aus irgend einem Grunde die beiden aufs neue aufeinander geraten waren, brang R. nachts in das Zimmer des Jakubel ein und schlug mit einem Stock auf den Schlafenden so lange ein, bis dieser regungslos liegen blieb. Nachdem sich der Täter überzeugt hatte, daß der Mißhandelte tot war, erschoss er sich an einer abgelegenen Stelle mit einem Revolver, den er sich aus Posen besorgt hatte.

— Eine Familientragödie spielte sich Mittwoch nachmittag in Dembsen ab. Dort warf sich der verheiratete Stationsarbeiter Weder, der wenige Minuten vorher auf seine Ehefrau mehrere Revolvergeschosse abfeuerte, aber nicht verletzte, und seiner Schwiegermutter mit dem Revolver schwere Verletzungen beibrachte, vor den Personenzug 711, der Posen nachm. 3 Uhr 17 Min. verläßt, und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

Schubin, 5. Juni. Vom Holzstapel erschlagen. Ein vierjähriges Kind des Tischlermeisters Kowinski in Wolowar spielte in der Nähe eines aufgestapelten Bretterhaufens. Plötzlich stürzte dieser um und begab das Kind unter sich; es erlitt deraartige Verletzungen, daß der Tod alsbald eintrat.

## Sport- und Körperpflege.

### 2. Konferenz der schlesischen Naturfreunde.

Am 1. Pfingstfeiertage tagte auf der Wasserbaude im Riesengebirge die 2. Konferenz der schlesischen Naturfreunde, die von Vertretern der Ortsgruppen Breslau, Schweidnitz, Hirschberg, Petersdorf, N., Sirtzgen, Waldenburg, Ostra-Oberfurt, Deutsch, Königsbrügge und Gleiwitz besucht war, während Kattowitz, Zabrze und Bleich nicht erschienen. Aus dem vom Gauobmann Dismannus-Beuthen erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein wieder einen erfreulichen Schritt nach vorwärts gemacht hat. Als Zahl der Ortsgruppen ist von 7 auf 14, die der Mitglieder von 150 auf mehr als 400 gestiegen. Unter einer regen Tätigkeit im Wandern, wurden bei starkem Zuspruch eine Reihe wissenschaftliche Vorträge gehalten, sogar der Kinematograph wurde wiederholt in den Dienst der Naturfreunde gestellt. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit soll den Wanderungen der proletarischen Jugend zugewandt werden, haben doch verschiedene Berichte die dringende Notwendigkeit solcher Wanderungen ergeben. Eine Reihe von Anträgen fand sohin befriedigende Erledigung, der kühnste Gauobmann wurde einstimmig wiedergewählt und die Wahl der übrigen Gauobmannsmitglieder aus verfassungsmäßigen Gründen den ober-schlesischen Ortsgruppen überlassen.

Am die Konferenz schlossen sich eine Reihe von Touren mit mehr als 40 Teilnehmern nach der Schneekoppe und Abelsbach-Waldesdorf.

Gebrüder Semerow aus Bagnoweschanal, von denen einer Direktor der Stahtank war, hat in Warschau begonnen. Beide Millionäre haben sich jahrelang in Sibirien und später in Alaska mit der Herstellung von falschem Papiergeld beschäftigt. Sie haben dabei über eine Million falsches Hundertrubelcheine in Umlauf gesetzt, bis sie verhaftet wurden. Im Prozeß traten 74 Angeklagte und 497 Zeugen auf. Die Anklage umfaßt 220 Druckseiten. Der Prozeß dürfte mehrere Wochen dauern.

Aus Genot gerettet. Die Rettungstation Vorkum der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphierte. Am 3. Juni wurden von der heulichen Galeasse „Frisbo“, Kapitän de Witt, die bei Vorkum gestrandet war, vier Personen durch das Rettungsboot „Otto Haß“ der Station Vorkum-Sü gerettet.

Ein merkwürdiger Bankswindler. Ein raffiniertes Bankbetrug beschäftigt die Kriminalpolizei von Köln und Berlin 14 Tage vor Pfingsten trat der Bankier Blum des jetzt zusammengebrochenen Kölner Bankgeschäftes Blum und Schmitz an ein Bankhaus in der Französischenstraße mit dem Antrage herausgegeben Verpfändung von Wertpapieren an einen Duisburger Herrn 90 000 Mk. auszuwählen. Die Sicherheitspapiere sollten Einzugsgaranten sein, die an der Börse gehandelt werden. Das Berliner Bankhaus erklärte sich zu dem Geschäft bereit und sandte am Donnerstag vor Pfingsten das Geld nach Köln, wo es ihr Vertreter am Freitag an Blum auszahlte. Blum sandte dann die Aktien an das Berliner Bankhaus, wo sie am Sonntagabend vor Pfingsten eintrafen und daher nicht mehr nachgeholt wurden. Erst am zweiten Feiertage kam der Wittinhaber des Bankgeschäftes dazu, sich die Aktien anzusehen und bemerkte nun, daß die Aktien gefälscht waren. Herr S., für den die 90 000 Mk. bestimmt waren, mußte von einem solchen Geschäft überhaupt nichts. Blum hatte unterdessen durch den Fernsprecher angekündigt, daß er am dritten Feiertage in Berlin sei und in Glitteholz Wohnung nehmen werde, kam aber nicht, sondern ergriff die Flucht. Blum zahlte aber merkwürdigerweise am Dienstag an den Donner Vertreter des Berliner Bankhauses 20 000 Mk. von der Beute zurück und schrieb dazu, daß er verurteilt worden sei. Wie die Ermittlungen ergeben haben, hat Blum außer den 90 000 Mk. gefälschten Aktien auch in Köln noch falsche in Umlauf gebracht. Als die Kriminalpolizei an den angeklagten Betrug Blums hin im Glitteholz erschien, fand man dort in der Tat ein Bankhaus mit seiner Frau. Der

Der 38. Verbandstag schlesischer Tierärzte wird am 6. und 7. Juni in Jauer abgehalten. Der Verband zählt 40 Vereine mit 8147 Mitgliedern. Die schlesische Tierärzt-